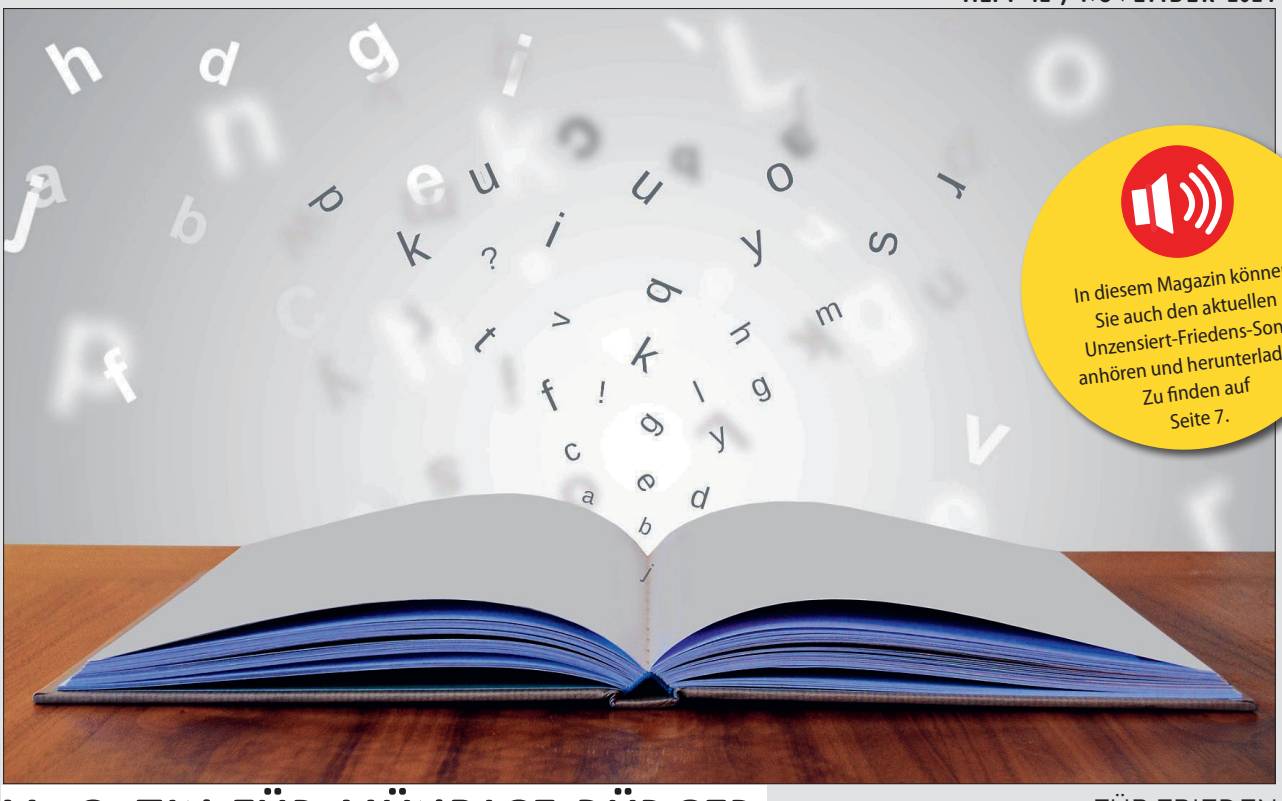
UNZENSIERT

HEFT 42 / NOVEMBER 2024

42



In diesem Magazin können Sie auch den aktuellen Unzensiert-Friedens-Song anhören und herunterladen. Zu finden auf Seite 7.

www.unzensiert-allgaeu.de

MAGAZIN FÜR MÜNDIGE BÜRGER

FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT WELTWEIT!

Täglich testen die Tyrannen ...

„Was wir wissen, ist ein Tropfen. Was wir nicht wissen, ist ein Ozean." Isaac Newton (1643–1727) hatte das bereits erkannt. Was für ihn damals galt, ist auch heute, 300 Jahre später, noch immer gültig. Aber aus der Demut, die aus Newtons Satz spricht, ist eine unglaubliche Überheblichkeit vieler Wissenschaftler geworden. Seit Jahren versucht man uns zu erklären, welche Auswirkungen der Klimawandel auf den Planeten haben wird. Selbst vor den bizzarsten Voraussagen schreckte die Wissenschaft nicht zurück und die Medien leisteten ihren Beitrag dazu. Mit Horrormeldungen wurde und wird Angst geschürt. Doch was hätte alles schon eintreffen müssen? Halb Holland müsste unter Wasser stehen, ebenso große Teile Norddeutschlands und viele Inseln. Alle Vorhersagen haben sich bis heute als Makulatur erwiesen. Dass diese Szenarien Humbug sind, liegt zum einen an untauglichen Modellrechnungen und zum anderen an den Klimaforschern selbst, die – sehr im Sinne von Klimalobbyisten und Politik – Kritiker ignorieren und die Ergebisse liefern, die ihre Auftraggeber erwarten. Und die Medien sind dankbare Abnehmer solcher Sensationsmeldungen. Ob die Erkenntnisse der Wahrheit entsprechen, seriös sind oder einer genauen Überprüfung standhalten – egal.

Hat sich daran bis heute etwas geändert? Nein. Trotz fortgeschrittener Technik und Unsummen Geld, tappt die Wissenschaft bei vielem immer noch im Dunkeln. Der Corona-Impfstoff z. B. war von Beginn an kritisch zu sehen. Und die Wissenschaftler beim Robert-Koch-Institut (RKI) und dem Paul-Ehrlich-Institut (PEI) wussten das. Trotzdem hatten sie keinerlei Bedenken, diese „Impfung" auch für Kinder zu empfehlen, bis heute. Dabei gibt es viele Studien unabhängiger Wissenschaftler, die davor warnten und immer noch warnen, einen zu wenig getesteten, neuartigen Impfstoff einzusetzen. Selbst Schwangeren empfielt das PEI heute noch die mRNA-Impfung, wohlwissend, dass die Zahl der Totgeburten seit Beginn der Impfungen stark anstieg. Eine tiefgreifende Studie lässt bislang auf sich warten.

Auch hier kann man erkennen, dass wir viel zu wenig wissen, aber trotzdem der Wissenschaft freie Hand lassen und ihr in weiten Teilen bedenkenlos folgen. Dabei wäre ein gesundes Misstrauen mehr als angebracht. Und die Wissenschaftler selbst? Sie müssten die Ersten sein, die auf die mangelnde Kenntnislage aufmerksam machen und zur Vorsicht mahnen. Doch weit gefehlt. Solange trotz einer unklaren Sachlage große Gewinne gemacht werden können, solange staatlich beeinflusste und bezahlte Wissenschaftler die Augen verschließen und – nicht zuletzt – solange das Gewissen bei vielen Forschern, Politikern und Medienschaffenden eher unterentwickelt ist, so lange können und sollten wir ihnen nichts mehr glauben.

Aber der Volksmund sagt nicht umsonst: Täglich testen die Tyrannen, wie weit geht die Dummheit ihrer Untertanen. | HM

Der Fotograf Allan Jackson arbeitete für die US-amerikanische Nachrichtenagentur News Service und kam am Vormittag des 26. April 1945 per Flugzeug nach Torgau. Er bat mehrere US-amerikanische und sowjetische Soldaten zu dieser Aufnahme auf die Brücke. Das Foto ist also nachgestellt. „Ein Bild, das die Welt nie vergessen wird", so übertitelte die britische Zeitung News Chronicle am 28. April 1945 dieses Foto, das zum Symbol für die Begegnung in Torgau und für das bevorstehende Kriegsende wurde. (Entnommen der Broschüre ELBE DAY 1945–2020, Herausgeber: Stadt Torgau in Kooperation mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten/ Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau

Friedensappell einer Mutter

TEXT EINES VIDEOS VON KLA.TV
www.kla.tv/30346

Das Ende des Zweiten Weltkrieges ist noch keine 80 Jahre her, da trommeln Politiker wieder zum Krieg. „Wir müssen kriegstüchtig werden", heißt es – doch wollen „wir" das? Eine Mutter hat Zeitzeugen befragt und sagt NEIN!

Screenshot aus dem kla.tv-Video

Hallo, ich bin Karina aus Torgau. Vielleicht erinnert Ihr Euch an dieses Foto [oben] aus dem Geschichtsbuch. Es zeigt den Handschlag russischer und amerikanischer Soldaten im April 1945 an der Elbe in Torgau. Das ging damals um die Welt und symbolisiert das Ende des Zweiten Weltkrieges. Als Kind in der DDR habe ich Joe Polowski und andere Kriegsveteranen hier noch live erlebt, da es eine Erinnerungskultur gab.

Ich persönlich glaube, dass jeder Mensch die Würde des Göttlichen in sich trägt. Daher widerstrebt mir das Morden und die unsägliche Propaganda, die uns gegeneinander aufhetzt. Ich widersetze mich der Erwartung, für die eine oder andere Seite Partei zu ergreifen. Denn in jedem Krieg sterben auf beiden Seiten Söhne und Väter, aber niemals die, die den Krieg verantworten.

Die Begegnung an der Elbe ist noch keine 80 Jahre her, da trommelt Verteidigungsminister Pistorius wieder zum Krieg. Er sagte: „Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein." Und ich zitiere den ehemaligen Minister Gabriel: „Es braucht das klare Signal an Putin: Stopp diesen Krieg – oder wir tragen ihn zu dir." Da frage ich mich: wer sind denn eigentlich „wir"? – Gabriel und Pistorius sicher nicht. Es werden eher mein Mann und meine Söhne gemeint sein.

Das treibt mich um, denn, die Ereignisse des Krieges und Kriegsendes kenne ich aus den Schilderungen meiner Großeltern und Verwandten.

Hier ein paar Beispiele: Mein Onkel wurde mit 17 Jahren zur Wehrmacht eingezogen. Wider Willen, denn er hatte seine Lehrzeit beendet und wollte die väterliche Mühle übernehmen. Er starb mit 19 Jahren in russischer Gefangenschaft. Meine Mutter erinnerte sich immer weinend, wie er mit Tränen in den Augen und in Uniform vom Hof ging. Sie sahen sich nie wieder und sie hat nie erfahren, wo er begraben ist.

Sie selbst saß als kleines Mädchen gegen Kriegsende auf dem Schoß eines russischen Offiziers. Sie hieß „Irene" und er mochte sie sehr, weil sie ihn an seine eigene Tochter „Irena" daheim erinnerte, die er sehr vermisste. Sie behielt ihn in guter Erinnerung. Zeitgleich versteckte sich ihre ältere Schwester (meine Tante) tagelang hinter einem Holzstapel auf einem Dachboden vor den Soldaten der Sowjetarmee, die in ihrem Ort grausame Vergewaltigungen verübt hatten. Die Soldaten entnahmen immer wieder Holz von genau diesem Stapel, während sie von hinten neues Holz aufzustapeln versuchte. Mit über 80 Jahren erzählte sie mir: „Dort habe ich beten gelernt!"

Und sie schilderte mir zahlreiche Kriegsverbrechen, die ausnahmslos von allen Kriegsparteien verübt worden waren ... Vermutlich hatte der griechische Philosoph Antisthenes recht, als er schrieb: „Der Krieg macht mehr böse Menschen, als er deren wegnimmt."

Meine Mutter erzählte mir auch, dass der Himmel rot leuchtete, als Dresden bombardiert wurde, das konnte ihre Familie noch in einem Nachbarort von Torgau beobachten.

Mein Vater erinnerte sich an das Geräusch der Erschießungen, die hier in Torgau immer morgens stattfanden. In Torgau wurden u. a. deutsche Soldaten hingerichtet, die Befehle verweigert hatten. Vermutlich war es die Zeit zwischen 1943–45, als das Reichskriegsgericht von Berlin ins Fort Zinna in Torgau verlegt worden war. Mein Vater war damals etwa 13 Jahre alt.

Mein Großvater wurde aufgrund eines Unfalls erst zum Volkssturm eingezogen. Er geriet in amerikanische Gefangenschaft nach Limburg an der Lahn. Als er zurückkehrte, wog er noch 54 Kilogramm bei einer Größe von etwa 1,80 Meter. Seine Frau, die er als blonde Frau verlassen hatte, fand er mit grauen Haaren wieder …

Es ist die Tatsache, dass wir als Deutsche aus zwei Weltkriegen gelernt haben und es in der ehemaligen DDR eine Art Erinnerungskultur gab, die heute die Menschen in Torgau antreibt, sich für Frieden einzusetzen. Auch wenn es utopisch klingt und vielleicht in der Geschichte noch nie funktioniert hat, träume ich davon, dass es eines Tages keinen Krieg mehr gibt, weil wir Menschen uns weigern, einander Feind zu sein. Wir sind eine Menschheitsfamilie, ein großer Menschheits-Organismus. Und ich appelliere an alle Mütter weltweit: Zerreißt die Einberufungsbefehle!

Ich appelliere an alle Männer weltweit: Wenn sie wieder zum Krieg trommeln, geht nicht hin! Vielleicht schreibt ihr ihnen schon jetzt, dass ihr nicht antreten werdet.

Und ich appelliere an jeden Einzelnen: Lasst euch nicht gegen andere Völker aufhetzen!

Hört nicht auf ihre Lügen und ihre Propaganda, sondern auf euer Herz!

von kbr.

Quellen:

https://www.n-tv.de/politik/Bedrohung-aus-Russland-Boris-Pistorius-will-Deutschland-kriegstuechtig-machen-article24991691.html

https://www.tagesspiegel.de/internationales/stopp-diesen-krieg-oder-wir-tragen-ihn-zu-dir-ex-aussenminister-gabriel-fordert-klares-signal-an-putin-11809559.html

„Offener Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten Joe Biden

Ein offener Brief von Dr. Amir Mortasawi und Wolfgang Effenberger

Sehr geehrter Herr US-Präsident!

Wir sind gespannt auf Ihren für den 10. Oktober 2024 geplanten Besuch* in Deutschland und hoffen inständig, dass Sie mit 81 Jahren, nach Ihrer über 50-jährigen politischen Tätigkeit und am Ende Ihrer Amtszeit als US-Präsident Ihre Möglichkeiten nutzen werden, um einen drohenden Atomkrieg abzuwenden.

Uns ist es bewusst, dass Sie an der Entwicklung der gegenwärtigen Misere in exponierter Stellung mitgewirkt haben. Beim Staatsstreich in der Ukraine im Februar 2014 und der folgenden Entwicklung zum Bürgerkrieg waren Sie als US-Vizepräsident unter Obama zusammen mit Frau Victoria Nuland als Assistant Secretary of State maßgeblich beteiligt.

Im September 2014 wurde vom US-Training and Doctrine Command das Dokument „The U.S. Army Operating Concept: Win in a Complex World: 2020–2040; TRADOC Pamphlet 525-3-1[1]“ verabschiedet. Darin werden die US-Streitkräfte auf die künftigen Konflikte eingestimmt und angewiesen, in diesen zwei Dekaden die von Russland und China ausgehende Bedrohung abzubauen.

Als US-Präsident unterzeichneten Sie im Oktober 2022 die neue Nationale Verteidigungsstrategie, in der die wesentlichen Vorgaben des Dokuments „Win in a Complex World: 2020–2040“ aufgeführt werden:

- ***Abbau der wachsenden multidisziplinären Bedrohung durch China***
- ***Abschreckung der von Russland ausgehenden Herausforderung in Europa***

In der aktuellen US-Nuklear-Doktrin wird der **Ausschluss jedes Verzichts auf einen nuklearen Erstschlag** manifestiert.

Weiter fordern Sie in der Verteidigungsstrategie zur Umsetzung dieser Prioritäten den Aufbau eines **dauerhaften Vorteils für die USA**.

Wie will ein Land mit diesen Ansprüchen dauerhaft in Frieden mit anderen Nationen leben?

Im laufenden Kampf um eine unipolare oder multipolare Weltordnung könnte der Planet in eine beispiellose Katastrophe taumeln. Sie könnten das noch verhindern! Die im Dokument „Win in a Complex World: 2020–2040“ festgelegte US-Doktrin wurde in Ihrer Zeit als US-Vizepräsident beschlossen und sie bestimmt die amerikanische Politik: **eine immanente Gefahr für den Weltfrieden**.

Machen Sie Schluss mit dem Krieg gegen Russland, Herr Präsident!

Die USA müssen sich mit der Welt – außen wie innen – versöhnen!

Helfen Sie, das US-Streben nach einer unipolaren Weltordnung sowie den von den USA eingeforderten Exzeptionalismus aufzugeben.

In einer multipolaren Weltordnung werden die USA als Partner dringend gebraucht. Gehen Sie als der wahre Friedenspräsident der USA in die Geschichte ein!

Wolfgang Effenberger, ehemaliger Major d.R. und Publizist (Deutschland)

Dr. Amir Mortasawi, Arzt und Publizist (Deutschland)

Zuerst veröffentlicht auf:

https://open.substack.com/pub/wolfgangeffenberger/p/offener-brief-an-joe-biden

** Der Besuch musste kurzfristig wegen des Hurrikans „Milton“ auf den 18. 10. verschoben werden.*

1 https://archive.org/details/DTIC_ADA611359

Wehrhaft sein

VON MARTINA LAABE

■ Im Juni 2024 hat Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) seinen Ansatz zu einem „Neuen Wehrdienst" vorgestellt, den er noch in der laufenden Legislaturperiode in ein Gesetz gießen möchte.[1] Davon ausgehend, dass Russland die europäische Sicherheitsordnung gefährde, hält Pistorius eine Diskussion über die **Verteidigungsfähigkeit des Landes** „bis tief in die Gesellschaft hinein" für nötig. Laut Militärexperten sei Russland in fünf bis acht Jahren in der Lage, NATO-Territorium anzugreifen. Das erinnert an Planspiele während des Kalten Krieges: In wie viel Tagen (!!!) steht der Warschauer Pakt am Rhein? Geht das Verteidigungsministerium davon aus, dass ein, aus westlicher Sicht aggressives Russland den Westeuropäern so viele Jahre Zeit lässt, sich auf einen russischen Angriff vorzubereiten? Drohnen und Hyperschallraketen scheinen momentan die angesagten Kriegswaffen zu sein, davon sind offenbar auf russischer Seite genügend vorhanden. Vielleicht bedeutet die Aussage der Experten aber auch, dass Deutschland oder Westeuropa allgemein fünf bis acht Jahre braucht, um in einer kriegerischen Auseinandersetzung Russland etwas entgegensetzen zu können.

„Bedingt abwehrbereit"[2] titelte Der Spiegel im Oktober 1962 auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges und löste damit eine innenpolitische Krise aus. Anlass war „Fallex 62", das erste NATO Manöver, bei dem die Verantwortlichen davon ausgingen, dass der dritte Weltkrieg durch einen Großangriff auf Europa beginnen würde. Ausführlich berichtete das Magazin über die Erkenntnisse aufgrund dieses Manövers. Das Ergebnis lautete „zur Abwehr bedingt geeignet" und war damit das schlechteste in der damals vier Stufen umfassenden Kategorisierung durch das NATO-Oberkommando. Zum Vergleich: 1963 verfügte die relativ junge Bundeswehr über gut 400.000 Mann, für 2023 zählt die Statistik etwas mehr als 181.000.[3]

Was war in der Zwischenzeit geschehen? Der Wettstreit der Systeme zwischen 1945 und 1990 endete mit einem – so von ihnen verstandenen – Sieg der westlichen Demokratien und der Implosion der Sowjetunion. Die Europäer wähnten sich am Anfang eines immer währenden Friedens. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom September 1990 legte schließlich eine Obergrenze von 370.000 Mann Personalstärke für die deutsche (vereinte) Bundeswehr fest, Stand laut Statistik[4] zu dem Zeitpunkt: 458.772. Der Warschauer Pakt wurde im März 1991 aufgelöst, die NATO dagegen blieb bestehen. Historisch betrachtet, wahrscheinlich ein großer Fehler. Seit 1990 nahm die Personalstärke der Bundeswehr kontinuierlich ab, bis sie 2012 zum ersten Mal unter 200.000 stand und seitdem um die 180.000 schwankt. Die alte Wehrpflicht war unter Verteidigungsminister K. T. zu Guttenberg (CSU) 2011 ausgesetzt worden. Niemand konnte sich offenbar vorstellen, dass es noch einmal eine „Zeitenwende" geben würde. Außer gewisse interessierte Kreise …

Unter dem Schlagwort „Zeitenwende" beantwortet das Bundesministerium der Verteidigung häufig gestellte Fragen zum sogenannten Neuen Wehrdienst, das Wort Pflicht wird vermieden. Nein, es gebe keine Wiedereinführung der Wehrpflicht, die Erfassung von wehrdienstfähigem Personal erfolge **„zunächst auf freiwilliger Basis"**.[5] Männer ab 18 sollten demnach doch verpflichtet werden, einen Fragebogen zwecks Erfassung auszufüllen, für Frauen bleibe dies freiwillig. „Erfassung, Freiwilligkeit, Bestenauswahl"[6] seien die maßgeblichen Kriterien für die neue Verteidigungsbereitschaft. Die ausgewählten Kandidaten müssten sich einer Musterung stellen, wer sich der Erfassung verweigere, müsse mit Sanktionen rechnen.[7] Im ersten Jahr nach erfolgreicher Einführung sei mit ca. 5.000 Soldaten und Soldatinnen mehr zu rechnen.

Am 1.10.2024 hat der „sichtbare Strukturumbau" der Bundeswehr offiziell begonnen.[8] Die Organisationsstruktur solle verschlankt und auf den Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung ausgerichtet werden. Die neue Organisation soll ab April 2025 stehen. Ein Organigramm sieht eine Personalstärke der Streitkräfte in Höhe von 183.000 Mann vor, dazu kommt ziviles Personal.[9] Bis 2031 ist eine Aufstockung auf 203.000 Soldaten und Soldatinnen vorgesehen.[10]

Die Notwendigkeit einer Reform der Bundeswehr wird sicher auf allen Seiten anerkannt, die Umsetzung hat sich jedoch in der Vergangenheit immer wieder als schwierig erwiesen. Erinnert sei hier beispielsweise an die Jahre 2013–2019 unter Verteidigungsministerin U. von der Leyen.[11]

Ja, eine Diskussion über **die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und unserer Gesellschaft** ist dringend notwendig, da kann man dem Verteidigungsminister nur zustimmen. Eine gut ausgebildete und effizient strukturierte Bundeswehr ist wohl im Interesse der meisten Bürger. Geld ist dafür offenbar reichlich vorhanden. Der Weg dahin mag umstritten sein: Wehrpflicht, Freiwilligen- oder Berufsarmee, Personalstärke, Wiederaufbau der Standorte, Kosten … Auch der Einsatz der Bundeswehr im Ausland und insbesondere in Krisen- und Kriegsgebieten bedarf einer Diskussion unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Politiker, die selbst den Wehrdienst verweigert haben oder sich eindeutig als Rüstungslobbyisten auszeichnen, dürfen nicht das letzte Wort haben, wenn es um den Frieden in Europa und die Unversehrtheit der Menschen geht. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee, d. h. einem Einsatz muss der Bundestag zustimmen, das darf nicht in Vergessenheit geraten. Darüber hinaus wäre eine direkte Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung im Sinne einer direkten Demokratie erstrebenswert, schließlich tragen sie die Kosten und Folgen.

Nicht zuletzt: **Wie wehrhaft und wehrbereit ist die deutsche Gesellschaft insgesamt?** Wer ruft zu den Waffen im Ukrainekrieg und wer ist bereit, selbst in den Krieg zu ziehen? Bei einer Wehrpflicht – im Sinne des „Bürgers in Uniform" – sind die Deutschen vermutlich kritischer, was einen Kriegseintritt betrifft – Nein, meine Söhne geb' ich nicht! – als bei einer Berufsarmee, deren „Arbeitnehmer" sich diesen Beruf ja „freiwillig ausgesucht" haben.

Und welche Folgen hat eigentlich die seit 2011 ausgesetzte Wehrpflicht auf die Wehrhaftigkeit junger deutscher Männer? Man denke an die Hosenmode vor einigen Jahren, bei welcher der Schritt zwischen den Knien hing, so dass selbst ein etwas schnelleres Gehen unmöglich war …

Wir bezahlen andere für unsere Verteidigung – Und nur davon sollte die Rede sein! – und sind selbst nicht bereit, uns zu verteidigen? Unsere „Werte" sollen aktuell in der Ukraine, und vormals am Hindukusch, verteidigt werden. Was ist mit unseren Werten und unserer Sicherheit innerhalb Deutschlands? Das ist zweifelsohne eine weitere Betrachtung wert – demnächst in der „UNZENSIERT". ■

1 *https://www.bmvg.de/de/aktuelles/minister-pistorius-stellt-neuen-wehrdienst-vor-5791920*

2 *https://www.spiegel.de/politik/bedingt-abwehrbereit-a-e7911 1b5-0002-0001-0000-000025673830*

3 *https://de.statista.com/statistik/daten/studie/495515/umfrage/personalbestand-der-bundeswehr/*

4 *Ebd.*

5 *https://www.bmvg.de/de/aktuelles/faq-neuer-wehrdienst-truppe-5803206*

6 *https://www.bmvg.de/de/aktuelles/minister-pistorius-stellt-neuen-wehrdienst-vor-5791920*

7 *https://www.bmvg.de/de/aktuelles/faq-neuer-wehrdienst-truppe-5803206*

8 *https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/umbau-bundeswehr-beginnt-verteidigungsfaehigkeit-massstab-5843472*

9 *Ebd.*

10 *https://www.ifo.de/DocDL/ifo_Forschungsbericht_144_Wiedereinfuehrung-Wehrpflicht.pdf*

11 *https://www.focus.de/politik/deutschland/neues-bekleidungskonzept-bundeswehr-ruestet-mit-handtaschen-pumps-und-umstandsmode-auf_id_6077918.html und https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ursula-von-der-leyen-und-die-berateraffaere-faktisches-komplettversagen-a-55458b1c-64bd-436b-acdf-75afcef0f5d3*

ANZEIGE

STAATLICH GEFÖRDERT IN DIE ALTERSARMUT?

Viele Sparer fallen auf den Trick ihres Versicherungsvertreters rein, der sie mit dem Argument „Steuern sparen" in staatlich geförderte Verträge wie Riester, Rürup oder Direktversicherungen über den Arbeitgeber" hineinberät.

Verbraucherschützer warnen: diese Verträge sind durch horrende Kosten, gut versteckt im Kleingedruckten, völlig untauglich. Oft verschwindet jeder vierte Euro der monatlichen Einzahlungen in den tiefen Taschen der Finanzindustrie!
Erkennen Sie erstmals alle Vertragskosten und streichen Sie mindestens 30 % davon – das geht einfacher als Sie denken.
Zum Renteneintritt werden Ihnen dadurch mehrere 10.000 € zusätzlich zur Verfügung stehen.

Jetzt kostenfrei informieren!

BERND FUHRMANN
betriebliche und private Vermögen

Provisionsfreie Beratung
Finanzgutachten

www.bernd-fuhrmann.de
Am Sonnenbichel 9
D-87600 Kaufbeuren
Telefon: 0 83 41-142 42

Anzeige14/UNZ42

Wacht endlich auf!
Oder: Augen auf bei der Berufswahl

Abbildung: VirgoStudio/Pixabay

VON HERBERT MAYER

Was die Älteren unter uns über Jahrzehnte wie eine Monstranz vor sich hertrugen, scheint nun auf dem Müll der Geschichte zu landen: Von deutschem Boden soll kein Krieg mehr ausgehen, schwor man sich. „Nie wieder Krieg." Und Berta von Suttner zitierend „Die Waffen nieder" hieß es während der Blütezeit der deutschen Friedensbewegung.

Die Bundesregierung bereitet die Bevölkerung auf einen neuen Krieg vor. Allein das ist an Verwerflichkeit schon nicht zu überbieten. Wenn ein Verteidigungsminister das Land kriegstüchtig machen will, ist das Verrat an allen, die nach dem Zweiten Weltkrieg dieses Land wieder aufgebaut und für Wohlstand gesorgt haben. Denn im Gegensatz zu „vereidigungsfähig" bedeutet kriegstüchtig, bereit zum Angriff, bereit im „Feindesland" zu agieren, bereit, die schrecklichen Folgen in Kauf zu nehmen.

Im Ukraine-Russland-Konflikt bestand zu keinem Zeitpunkt die Notwendigkeit, Waffen zu liefern oder sich anderweitig in den Krieg einzumischen. Doch man unterstützt ein Land, das den ausgewiesenen Nazischergen Bandera als Volkshelden verehrt. Aber offensichtlich ist es den deutschen Generälen und Kriegspolitikern wichtiger, bedingungslos der NATO und den USA zu folgen, ohne Rücksicht auf das eigene Land oder den Kontinent Europa.

In Artikel 12a des Grundgesetzes ist die militärische und zivile Dienstpflicht geregelt und in allen sechs Unterpunkten ist vom „Verteidigungsfall" die Rede. Deutschland solle eine Bundeswehr zur Verteidigung haben und keinerlei Angriffskriege planen und durchspielen.

Im Hinblick auf einen geplanten Krieg, der als NATO-Partner nicht einmal im eigenen Ermessen liegt, sondern vom NATO-Bündnis-Fall abhängt, wurde zuletzt deutlich, dass dafür weder die nötige Mannstärke noch ausreichend Material zur Verfügung steht. Während Verteidigungsminister Pistorius nicht müde wird, Milliarden um Milliarden für den angeblichen „Verteidigungshaushalt" zu fordern, ist es schon schwieriger, für personellen Nachschub zu sorgen. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, setzt die Bundeswehr nun auf Jugendoffiziere. Diese konnten bisher auf Wunsch von Schulleitern und Lehrkräften in die Klassen bestellt werden, um die Schüler über das Aufgabengebiet der Bundeswehr zu informieren.

In Bayern soll das aber nun zur Routine werden. Als erstes Bundesland hat die bayerische Staatsregierung ein Gesetz zur Förderung der Bundeswehr verabschiedet, das staatliche Schulen im Rahmen der politischen Bildung zur Zusammenarbeit mit Jugendoffizieren **verpflichtet**. Berufsberatung quasi und Werbung für eine Karriere bei der Bundeswehr.

Dass die Arbeit der Bundeswehr Bestandteil des Schulunterrichts sein soll, befürwortet auch der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil. Nicht sehr verwunderlich, schließlich besetzt die SPD nicht nur den Posten des Verteidigungsministers, sondern ist neben den Grünen eine der kriegstreibenden Parteien im Land.

Klingbeil: „Jeder junge Mensch sollte sich auch einmal mit der Frage beschäftigen, ob er etwas für das eigene Land tun möchte, zum Beispiel in Form eines Dienstes bei der Bundeswehr oder in Form eines freiwilligen sozialen, kulturellen oder ökologischen Jahres. ... Wenn es dann um die Bundeswehr geht, kommen beispielsweise Jugendoffiziere ins Spiel ... Sie in Schulen zu holen, damit sie aus der Praxis berichten können, was hinter dem Beruf des Soldaten steckt, finde ich richtig."

Näher zu definieren wäre, was in diesem Zusammenhang verschönend und verschleiernd „Praxis" bedeutet. Täglicher Stubendienst und Kasernen-Appell oder mit Panzern und Raketen an der Front auf Menschen zu schießen?

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Stefan Düll, findet es wichtig, dass die Bundeswehr im Rahmen der politischen Bildung an Schulen gezielt behandelt wird: „Die Aufnahme dieses Gedankens in das bayerische Erziehungs- und Unterrichtsge-

setz stellt eine explizite Ergänzung dar …“.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) übt scharfe Kritik:. „Die Bundesregierung wurde schon mehrmals von den Vereinten Nationen und der Kinderkommission des Bundestages ermahnt, die Militärwerbung bei und die Rekrutierung von Minderjährigen zu unterlassen. Dass Bayern nun die Türen der Schulen für die Bundeswehr verpflichtend weit öffnet, geht genau in die falsche Richtung.“

Das Bundesverteidigungsministerium dementiert, dass es sich bei der Arbeit von Jugendoffizieren um gezielte Anwerbung handelt. Jugendoffiziere betrieben keine personellen Anwerbeversuche, sondern sollten nur informieren. Doch welches Ziel soll dem Gesetz dann zugrunde liegen, wenn nicht, junge Menschen für den Dienst an der Waffe zu begeistern? Würde ein Gesetz verabschiedet, das die Lehrkräfte dazu zwingt, Handwerker oder Gastronomen Vorträge in den Klassenzimmern halten zu lassen, nur um Schreiner, Metzger oder Hotelfachleute anzuwerben? Wohl kaum!

Deutschland hat den Weg der militärischen Verteidigungsplanung längst verlassen und ist bereits jetzt im Ukraine-Russland Krieg so tief in die Strategie von NATO und USA eingebunden, dass es schwierig sein wird, umzukehren. Die laufend wiederholten Garantieverpflichtungen seitens der Bundesregierung gegenüber Kiew machen eine Kehrtwende so gut wie unmöglich. Es sei denn, der Druck aus der eigenen Bevölkerung wird so groß, dass die agierenden Politiker Handlungsbedarf sehen. Sieht man allerdings die Lethargie und Gelassenheit, mit der die deutsche Bevölkerung einen drohenden Weltkrieg zu akzeptieren scheint, ist diese Option für die Regierung überschaubar gefährlich. Selbst wenn der Staat Pleite ginge, weil sich die Kosten für einen Krieg ins Unermessliche steigern oder wenn es einen Solidaritätszuschlag „Ukraine-Hilfe“ gäbe, würde sich der deutsche Bürger vermutlich fügen. Mit den Rekrutierungsversuchen an Schulen zeichnet sich eine verheerende Politik ab, die Schlimmes befürchten lässt. Wenn die Jugend so offensiv für den Dienst an der Waffe geworben wird, bedeutet das, dass an eine Entspannungspolitik nicht gedacht ist. Schlimmer noch, die deutsche Überheblichkeit wird wieder sichtbar. Man ist wieder Wer: Am deutschen Wesen …

Wer jetzt nicht die Stimme erhebt, braucht sich nicht zu beschweren, wenn nach den Musterungsbescheiden für junge Menschen ganz schnell die Einberufung folgt. Und ob die Jugendoffiziere das Grauen an der Front realistisch darstellen (können), mag man bezweifeln. Die Trockenübungen im sicheren Terrain könnten ganz schnell zu bitteren Tränen an der Heimatfront führen. ■

Er war grad mal zwanzig

VON HERBERT MAYER

Foto: Wikilmages/Pixabay

Er war grad mal zwanzig,
als er starb mit der Hand am Gewehr.
Nun bekam er als Letztes
vom Vaterland
wortreiche Ehr.

Sie sahen nicht die Träne,
die er heimlich vor der Mutter verbarg.
Und sie sah ihn erst wieder
mit Blumen
auf seinem Sarg.

Sie standen Spalier und in Reihe
gehorsam und stramm wie gewohnt.
Doch der Krieg, er ging weiter,
man hat auch sie
nicht verschont.

Und Oma, die immer
mit Eifer gegen Rechts mitmarschierte,
ihr war plötzlich klar,
welchen Hass sie
jedes Mal schürte.

Wer Frieden jetzt will,
muss für Frieden erneut immer streiten.
Muss sich auf den Frieden
und nicht auf den
Krieg vorbereiten.

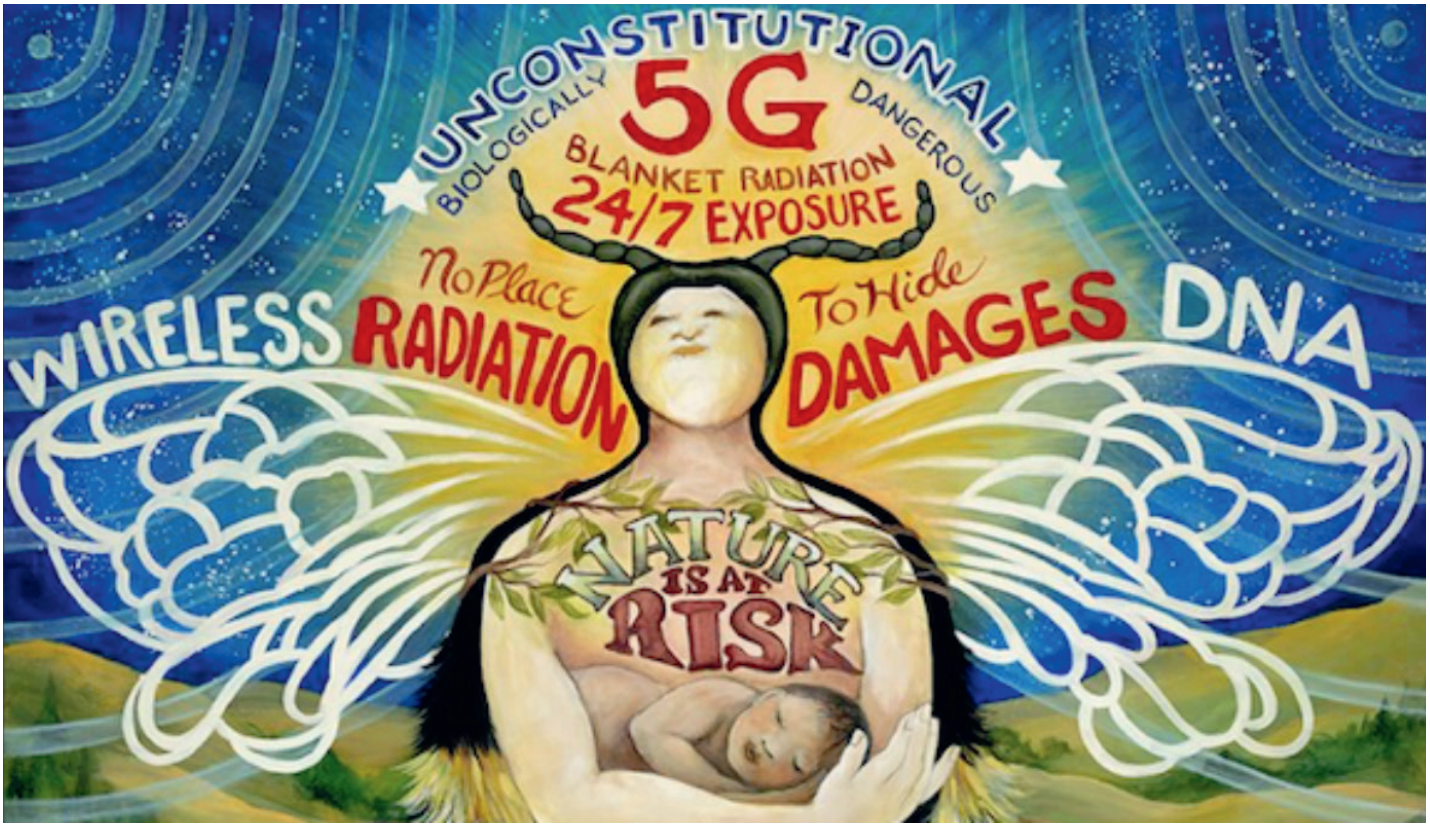
Wer immer nun will,
dass wir kriegstüchtig werden,
soll selbst an die Front
und mit viel Ehr
fürs Vaterland sterben.

Er war grad mal zwanzig,
als er starb mit der Hand am Gewehr.
Nun bekam er als Letztes
vom Vaterland
wortreiche Ehr.

Er war grad mal zwanzig …
grad mal zwanzig,
grad zwanzig …

UNZENSIERT-Friedenssong abspielen

In der online-Version auf https://unzensiert-allgaeu.de/ ist der Song abspielbar.



Verheimlichte Warnungen vor 5G

VON ANKE KERN

■ Seit Sommer 2020 geht im ganzen Land der 5G-Ausbau voran. In zahlreichen Regionen sollen nun gigantische Sendeanlagen, auch mitten in der Natur, aufgestellt werden, um alle Funk-Löcher zu schließen, auch mittels unzähliger Satelliten aus dem All. Es sind Menschen auf der Flucht und können ihre eigenen Häuser nicht mehr bewohnen.

Seit vielen, vielen Jahren wird vor den Auswirkungen der Mikrowellen-Kommunikations-Technologie gewarnt. Von diesen Warnungen[1] und von den Forderungen nach einer Vorsorge-Politik für Mensch und Natur weiß bis zum heutigen Tag kaum ein Mensch, auch nicht von den neueren Warnungen vor 5G. Wie kommt das? Werden diese Warnungen gezielt verheimlicht?

Zu den verheimlichten Warnungen vor 5G gehört z. B. ein Appell vom 13. September 2017 an die EU zum Stopp von 5G, von mehr als 400 Wissenschaftlern und Medizinern unterstützt, darunter 80 Professoren[2]. Sehr klare Worte sind dem Text des Appells zu entnehmen …

Eine weitere verheimlichte Warnung ist der 5G-Space-Appeal.[3] Der US-Wissenschaftler und Autor Arthur Firstenberg hat gemeinsam mit der ehemaligen UN-Mitarbeiterin Claire Edwards einen internationalen Appell gestartet, der in zahlreiche Sprachen übersetzt worden ist. Dem Appell sind u. a. folgende Worte zu entnehmen: Die Anwendung von 5G stellt ein Experiment an der Menschheit und der Umwelt dar, was durch internationales Recht als Verbrechen definiert ist. Bis zum 24. September 2024 haben 305.467 Menschen inkl. 3.212 Organisationen aus 218 Ländern diesen Appell unterstützt. Die US-Künstlerin Shelley Masters hat in ihrem Bild mit der Bienen-Frau sehr gut ausgedrückt, um was es hier geht.

Eine weitere Warnung vor 5G war eine EU-weite Bürgerinitiative zum Stopp von 5G.[4] Die Unterschriften-Sammlung lief erfolglos ein ganzes Jahr während parallel im Mainstream intensiv Werbung für 5G gemacht wurde. Der Grund, wofür es diese EU-weite Bürgerinitiative gegeben hat, ist ihrer Internetseite zu entnehmen. Aus dieser EU-weiten Bürgerinitiative ist ein europäischer Verein geworden, nämlich Europeans for Safe Connections.[5]

Am 15. September 2020 veröffentlichte die Zeitung *Le Journal du Dimanche* einen offenen Brief von ca. 60 Menschen in politischen Ämtern, davon Bürgermeister von 11 französischen Städten, die ein Moratorium (Ausbau-Stopp) für 5G forderten, was es bis zum heutigen Tage nicht gibt … Auf der Internetseite von Diagnose Funk e.V. kann man den vollständigen Brief lesen.[6]

Wer glaubt denn ernsthaft, dass all die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, all die Ärztinnen und Ärzte und viele andere in ihrer Freizeit nichts Besseres zu tun haben, als vor nicht existenten Risiken zu warnen und sich lächerlich zu machen? Sind wir Bürgerinnen und Bürger nur dann politisch korrekt, wenn wir glauben, diese Menschen seien alle nur weibliche und männliche Verschwörungs-Theoretiker? Sind wir nur dann politisch korrekt, wenn wir bereit

sind, für all das, was die Herrschenden anrichten, zu bürgen? Auch mit unserem Leben? Das wäre weit, weit jenseits von echter Demokratie. Prof. Dr. Rainer Mausfeld hat in einem wieder einmal brillanten Vortrag in diesem Frühling ganz klar aufgezeigt, was Demokratie ist. Der Kern der Demokratie sei die Machteingrenzung und totale Kontrolle der Eliten durch die Basis der Gesellschaft. Also durch uns.[7]

Der 5G-Ausbau stellt also offensichtlich ein immens großes Risiko für Mensch und Umwelt dar. Nur, wo bleiben die Informationen hierüber in den deutschen Qualitätsmedien und im öffentlich-rechtlichen Rundfunk dieses Landes? Wo bleibt die wahrheitsgemäße Aufklärung der Bevölkerung durch die von unseren Steuergeldern finanzierten Behörden dieses Landes?

Auch ich wünsche mir, seit nun 20 Jahren, dass alle Menschen besser verstehen, was der Mobilfunk wirklich ist. So äußert sich ein für die Wahrheit engagierter Mensch in der Schweiz in dem neuen Film des Journalisten und Filmemachers Klaus Scheidsteger „Das digitale Dilemma". Dieser mehr als bemerkenswerte Film ist in drei Sprachen zu sehen, in deutscher, englischer und französischer Sprache.[8] Jeder Mensch, der wissen möchte, kann wissen. Auch Menschen, die Verantwortung tragen und bisher verantwortungslos handelten, im besten Deutschland ever ... ■

1 https://free21.org/unbekannte-warnungen-vor-einer-risiko-technologie/
2 https://signstop5g.eu/de/unterstuetzer/nyberg-hardell
3 https://www.5gspaceappeal.org
4 https://signstop5g.eu/de
5 https://www.esc-info.eu
6 https://www.diagnose-funk.org
7 https://www.spektrum.de/video/was-ist-und-wozu-dient-demokratie/2220044
8 https://das-digitale-dilemma.de

Abbildung: © Shelley Masters Studio Sonoma, California
https://www.shelleymasters.com/

Telekommunikationsnetzausbau-Beschleunigungsgesetz

Eine FDP-Initiative zur Beschleunigung der Umweltzerstörung

Alle Menschen haben ein überragendes Interesse, dass Mensch und die Natur gesund bleiben. Doch die FDP kennt offensichtlich nur die Interessen der Industrie. Ihr Bundesverkehrs- und Digitalminister Volker Wissing will den Mobilfunkausbau als „überragendes öffentliches Interesse" festschreiben lassen. Die Konsequenz: Mobilfunk-Sendeanlagen könnten überall in einem beschleunigten Genehmigungsverfahren gebaut werden, auch in Naturschutzgebieten. Dagegen protestiert **diagnose:funk** und fordert alle Bürgerinnen und Bürger auf, mit Mails an Abgeordnete und die Regierung sich diesem Protest anzuschließen. [...]

„Digital First. Bedenken Second" – Maxime zur Schädigung von Mensch und Natur

Mobilfunkstrahlung ist eine Risikotechnologie, deswegen muss sie mit dem Ziel der Strahlenminimierung reguliert werden. Bereits Anfang 2024 kritisierte der NABU, dass mit der Formulierung „überragendes öffentliches Interesse" und Beschleunigungsgesetzen Naturschutzstandards ausgehebelt werden sollen.[1]

Dies soll nun auch auf die Mobilfunkinfrastruktur angewandt werden. Die rot-grün-gelbe Bundesregierung konterkariert damit die Erkenntnisse des Bundestages vom Februar 2023. Der einstimmig verabschiedete Bericht des Technikfolgenausschusses des Bundestages (TAB) [2] beschreibt das grundsätzliche Risiko der Mobilfunktechnologie und benennt die möglichen Schäden. Die Bundesregierung ist dazu aufgefordert, den Empfehlungen des Berichts zu folgen, der nach „neuen technischen Standards" verlangt, die „Einrichtung von Schutzzonen" und sogar „Sendeanlagen-Verbotszonen" sowie die umfassende „Aufklärung der Bevölkerung" über die Risiken fordert.

Aktuelle Studie belegen zudem die Risiken der Mobilfunkstrahlung. So hat die neue ATHEM-3-Studie (2024) nachgewiesen, dass die Dauerbelastung für Menschen zur Schädigung von Chromosomen führt.

Die Studienlage zur Schädigung von Kleinstlebewesen, u. a. Insekten, den Kettengliedern der Biodiversität, ist inzwischen eindeutig. Die Strahlung hat vielfältige negative Auswirkungen und dezimiert sie. Das weisen die Studien von Treder et al. (2023, Uni Hohenheim), Molina-Montenegro et al. (2023), Nyirenda et al. (2022), Adelaja et al. (2022), die BEEFI-Studie zu Insekten von Thill et al. (2023) und der Review von Mulot M. et al. (2022) im Auftrag des Schweizer Bundesamts für Umwelt (BAFU) nach. Dort heißt es:

„Anthropogene NIS [nicht-ionisierende Strahlung, also z. B. Mobilfunkstrahlung, Anm. diagnose:funk] stellen eine potenzielle Bedrohung für Arthropodenpopulationen dar [Arthropoden = Gliederfüßler, Anm. der Redaktion], da sie den Selektionswert (Fitness), die Fortpflanzung und das Verhalten von Individuen beeinträchtigen."

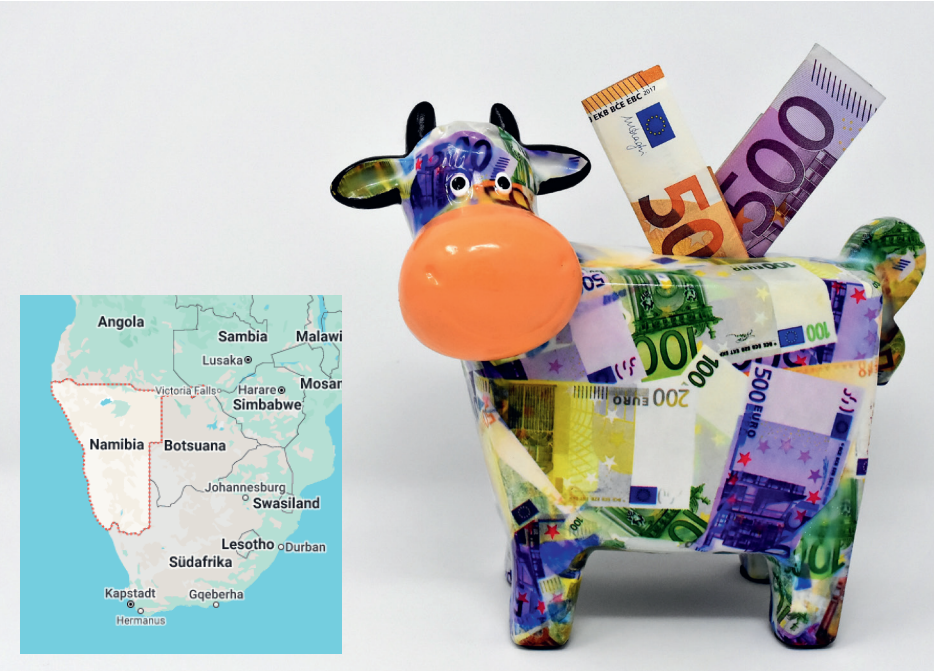
„NIS wirken eindeutig subletal auf Arthropoden, sowohl auf der Ebene der Zellen als auch des Organismus."

Sendeanlagen dürfen deshalb in Naturschutzgebieten nicht gebaut werden. Die Voraussetzungen für die Anwendung des Vorsorgeprinzips sind übererfüllt, allein diese Studien liefern mehr als Hinweise, sondern bereits Beweise. Die Bundesregierung und die Abgeordneten wissen das, diagnose:funk informiert sie kontinuierlich. Auch weiß die Bundesregierung, dass die Schutzfunktion der Grenzwerte durch ein neues Gerichtsurteil und ein rechtliches Gutachten in Frage gestellt ist.

Mobilfunkstrahlung schadet dem Gleichgewicht der Ökosysteme.

[1] https://www.diagnose-funk.org/aktuelles/artikel-archiv/detail&news-id=2131#_ftn1

[2] https://www.diagnose-funk.org/aktuelles/artikel-archiv/detail&news-id=1954



So blöd muss man erst mal sein …

VON HERBERT MAYER

In der UNZENSIERT Heft 34 vom März 2024, S. 14/15, haben wir schon einmal darüber berichtet, wie viel Steuergeld die Bundesregierung in Klimaprojekte auf der ganzen Welt investiert, um ihrem Ruf als „Klimaretter Nr. 1 weltweit" gerecht zu werden. Sowohl die EU wie auch die UN betrachteten Deutschland von Beginn an als die Melkkuh schlechthin in Sachen Klima. Die Verbissenheit der deutschen Klima-Ideologen und der Linksruck der gesamten deutschen Altparteien-Klientel ermöglicht diese Geldverschwendung ohne jeglichen Widerspruch. „Radwege in Peru" wurde sogar in den deutschen „Qualitätsmedien" spöttisch zum Synonym für sinnlose Öko-Projekte, deren Realisierung größtenteils gar nicht kontrolliert wird und deren Empfänger keinerlei Rechenschaft ablegen müssen, wie sie die deutschen Steuergelder einsetzen. Oder – wie im Falle von China – dies überhaupt notwendig wäre.

Längst macht sich die halbe Welt über den Irrsinn lustig, den die deutsche Politik betreibt.

Beim neuesten Vorfall spottet z.B. das Internetportal „Journalistenwatch[1]: „So blöd muss man erst mal sein: China baut in Namibia größtes Solarkraftwerk – finanziert mit deutschem Steuergeld." Und die „Weltwoche"[2] titelt: „Namibia baut größtes Solarkraftwerk des Landes. Die Finanzierung übernimmt zum großen Teil der deutsche Steuerzahler. Aber gebaut wird von chinesischen Unternehmen."

Zitiert wird der deutsche Unternehmer Conrad Roedern, dessen Firma SolarAge seit Jahrzehnten in Namibia Solaranlagen baut. „Bei Energieprojekten geht das immer so: Die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) finanziert, China baut."

Wikipedia schreibt über die KfW: Die KfW oder Kreditanstalt für Wiederaufbau ist eine deutsche Förderbank und eine der führenden Förderbanken der Welt. Sie besitzt keine Filialen, verfügt nicht über Kundeneinlagen und refinanziert ihr Fördergeschäft fast vollständig über die internationalen Kapitalmärkte.

Beim oben genannten Projekt geht es um rund 70 Millionen Euro. Das Solarbranchen-Portal Solarserver geht von rund 30 Millionen Euro aus, die für das Projekt aus dem Bundeshaushalt flossen. Laut Solarserver war bei der Ausschreibung kein einziges deutsches Unternehmen dabei. Drei chinesische und ein indisches Unternehmen waren beteiligt, wobei letztendlich ein chinesisches Konsortium um die Chint New Energy Development (Zhejiang) Co. Ltd. den namibischen Zuschlag erhielt.

Eines steht jedenfalls fest: Der deutsche Steuerzahler liefert jetzt Millionen Euro, damit chinesische Konzerne das größte Solarkraftwerk Namibias bauen. Und das Geld für dieses Darlehen kommt vom Bundesentwicklungsministerium. Die deutsche Botschaft in Namibia teilt auf Social Media mit[3]: „Die Mittel für das vergünstigte Darlehen der KfW wurden vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bereitgestellt."

Projektträger NamPower versicherte, dass „die Ausschreibung unter Einhaltung internationaler Standards in Absprache mit der KfW durchgeführt wurde", erklärte KfW-Vorständin Christiane Laibach gegenüber Solarserver. (Namibia Power Corporation ist ein namibisches Staatsunternehmen und nationaler Stromerzeuger des Landes. Das Unternehmen ging 1990 aus der bereits 1964 gegründeten Südwest-Afrikanischen Wasser- und Elektrizitäts-Kooperation hervor und steht unter indirekter Leitung des namibischen Ministeriums für Bergbau und Energie. Wikipedia)

Die Auswahl der entsprechenden Unternehmen erfolge „nach objektiven, also qualitativen und ökonomischen Kriterien". Am 9.9.24 unterzeichneten NamPower und die KfW Entwicklungsbank einen Darlehensvertrag über 1,31 Milliarden N$ (1 US-Dollar = 17,8726 namibische Dollar N$) für den Bau dieses 100-MW-Solarkraftwerks.

Wieder einmal hat das SPD-geführte Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), unter der Leitung von Ministerin Svenja Schulze, deutsche Steuergelder verschleudert. Während die deut-

sche Wirtschaft am Stock geht, wird weltweit weiter in Projekte investiert, hier zugunsten stabiler Strompreise in Namibia und zum Nutzen chinesischer Unternehmen. Anstatt solche Gelder in heimische Projekte zu inverstieren, mit deutschen Unternehmen, fließt das Geld wieder einmal unkontrolliert ins Ausland.

Mit normalem Menschenverstand ist das alles nicht mehr zu erklären. Aber man lässt die Regierung einfach weiterwursteln, egal, was es kostet. Und wieder stellt sich uns die Frage, wann werden Politiker endlich in persönliche Haftung genommen, wenn Steuergelder derart sinnlos verpulvert werden? Wann müssen polische Entscheidungsträger dafür haften, wenn ihr Tun nicht mehr dem eigenen Land dient, sondern offensichtlich einer übergeordneten Agenda folgt und sie schon längst ihren Amtseid über Bord geworfen haben. Als einzige Partei fordert dieBasis diese Politikerhaftung, von anderer Seite ist zu diesem Thema leider nicht viel zu hören. Warum wohl?

Dieses Projekt ist, neben vielen anderen, ein Schlag ins Gesicht für deutsche Unternehmen, und ein Zeichen dafür, wie eine unfähige SPD-Ministerin die Position Deutschlands auf dem internationalen Markt schwächt, ja vollends verspielt.

Dass das Unterfangen in einem positiven Licht erscheinen muss, erklärt sich von selbst. „Das Kraftwerk wird dazu beitragen, künftige Strompreiserhöhungen zu stabilisieren (in Namibia wohlgemerkt, nicht bei uns), das Wirtschaftswachstum Namibias zu unterstützen (in Namibia wohlgemerkt, nicht bei uns) und die ökologische Nachhaltigkeit zu fördern (in Namibia wohlgemerkt, nicht bei uns), sagte Kahenge Haulofu, Geschäftsführer von NamPower, in einer Erklärung.

Etwa 80 % des 1,4 Milliarden Namibia-Dollar (78,33 Millionen US-Dollar) teuren Projekts werden von der KfW finanziert, während NamPower die restlichen Mittel beisteuern wird.

Die Unternehmen China Jiangxi International Economic and Technical Cooperation Co. Ltd und Chint New Energy Development (Zhejiang) Co. Ltd werden rund 18 Monate für die Fertigstellung des Kraftwerks benötigen. Der kommerzielle Betrieb soll im zweiten Quartal 2026 aufgenommen werden.

1 https://journalistenwatch.com/2024/10/02/so-bloed-muss-man-erst-mal-sein-china-baut-in-namibia-groesstes-solarkraftwerk-finanziert-mit-deutschem-steuergeld/

2 https://weltwoche.de/ Suchbegriff Namibia

3 https://x.com/GermanEmbassyNA/status/1833918144639107391

… und der Bürger schweigt

Ein Kommentar
VON HERBERT MAYER

Während immer mehr Unternehmen ihre Zelte in Deutschland abbrechen, hält es die Bundesregierung nach wie vor für richtig, deutsches Steuergeld im Ausland zu verschwenden, anstatt im eigenen Land zu investieren. Der Verdacht liegt nahe, die deutsche Wirtschaft soll absichtlich geschwächt werden. Wie sonst kann man angesichts der klammen Kassen überall im Land dieses Vorgehen einordnen.

Sieht man in die Städte und Kommunen, so läuten dort schon seit langem die Alarmglocken. Überall versuchen die Stadtoberen, ihre Bürger auf härtere Zeiten einzustimmen und die Stadtsäckel durch die Erhöhung von Gebühren und Steuern etwas zu entlasten. Längst fällige Projekte werden immer wieder auf die lange Bank geschoben.

Der Zorn der Bürger wächst, vor allem auch deshalb, weil es niemand für notwendig hält, die Schuldigen zu benennen. Dass unsere Regierung nicht mehr weiß, was sie tut, müsste sich doch langsam bis in die Gemeinden herumgesprochen haben. Aber nein, man setzt in vielen Fällen den Kurs, der von oben vorgegeben wird, weiter fort. Sehenden Auges in die Staatspleite.

Milliarden wurden bei Corona versenkt, Masken, Tests, Impfdosen. Alle haben kritiklos mitgemacht. Die Energiewende verschlingt nicht vorstellbare Summen – und ist dennoch zum Scheitern verurteilt. Auch das wissen viele. Aber auch hier machen alle kritiklos mit. Mehr noch, sie bauen irrwitzige Radwege und Fahrradstraßen oder erklären ihre Städte zu Smart Cities, was noch mehr Kosten verursacht und keinerlei Nutzen für die Bevölkerung bringt. Auch wenn immer das Gegenteil behauptet wird. Der Markt bei den E-Autos ist rückläufig und verzeichnet keinerlei Zukunftsperspektiven. Aber die Stadt wird mit Ladesäulen vollgestopft, die oft ein trostloses Dasein fristen. Doch die Energiekrise ist ja nicht vom Himmel gefallen. Sie wurde durch die Sprengung von Nord Stream mutwillig herbeigeführt. Auch das wissen die Bürgermeister und Räte. Dazu kommt eine unverantwortliche Kriegspolitik.

Und für all diesen Unsinn gibt es auch Schuldige: Es ist die Regierung und keiner sollte so tun, als wüsste er es nicht. Keiner der gebeutelten Stadtoberen traut sich, den Mund aufzumachen, geschweige denn, diesen Unsinn zu verweigern. Es sind in der Regel treue Parteigenossen. Und solange das so ist, werden wir uns weiter verschulden, niemand wird sie stoppen und alles wird im Zusammenbruch enden. Und das ist weiß Gott nicht gottgegeben, sondern dem Murks unserer Politik zu verdanken. Und der Bürger schweigt.

WETTER-TERROR

VON VOLKER FREYSTEDT

■ In UNZENSIERT 30 (Nov. 2023) berichteten wir über die verheerenden, unnatürlichen Brände auf Maui, die die historische Stadt Lahaina zerstörten, und in UNZENSIERT 36 (Mai 2024) brachten wir einen Bericht über Gesetzesvorhaben einiger US-Staaten, Geoengineering zu verbieten – womit allen Leugnern von Chemtrails & Co die Argumente ausgehen dürften, denn warum etwas verbieten, wenn es dies nicht gibt? Und man muss nur nach den richtigen Stichworten suchen, dann erhält man jede Menge Fakten – z. B.: „stratospheric aerosol injection" statt „Chemtrails".

Ich kann allen Lesern nur empfehlen, sich intensiver mit den Quellen zu befassen, denn im Folgenden kann ich durch das Thema nur hindurch galoppieren, so umfangreich ist es.

Die Versuche zur **Wetterbeeinflussung** sind bereits über 100 Jahre alt, doch sie nahmen erst nach dem Zweiten Weltkrieg so richtig an Fahrt auf. Zum einen erhoffte man sich nützliche Anwendungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft, vor allem aber interessierte sich das Militär für den Einsatz des Wetters als Waffe. Einen Angriff des Feindes im Schlamm stecken bleiben zu lassen – das hatte schon was. Der Vietcong sollte das sehr bald erfahren. Stichwort: „Operation Popeye".

Regengebiete abschwächen oder intensivieren oder umleiten - das ist ein Übungsfeld. Ein anderes ist die Erzeugung von Schneefall und Schneestürmen. Auch besonders wirkungsvoll: das Auslösen eines Erdbebens. Und vor allem in den USA ein ganz großes Thema: die Beeinflussung von Wirbelstürmen, die dort saisonal auftreten. Einer der ersten Versuche, einen Hurrikan abzuschwächen, ging 1947 allerdings ziemlich daneben: Als der Sturm von Florida nordwärts zog und auf das offene Meer abdrehte, wurde er durch den Eingriff, der ihn eigentlich abmildern sollte, auf das Festland zurück gedreht und neu angefacht.

Wer sich intensiver mit den eingesetzten Technologien befassen möchte, suche nach HAARP, NEXRAD, Doppler Radar. Dass es noch effektivere Technologien gibt, wurde durch Eric Hecker bekannt, der als Angestellter des Rüstungs-, Luft- und Raumfahrtkonzerns RAYTHEON am Südpol arbeitete. Dort sah er, dass sowohl Stürme gelenkt werden, als auch Erdbeben gezielt erzeugt werden können. Grundlage ist die Entdeckung der drahtlosen Energieübertragung von Nicola Tesla. (Interview: www.youtube.com/watch?v=Y9DflVY0mHk)

»Wer das Wetter kontrolliert, kontrolliert die Welt!«
Präsident Lyndon B. Johnson 1962

Doch wie so oft: Was dem einen schadet, nützt irgendjemand anderem. So kam es, dass Wetter und andere Naturgewalten heute weniger im Krieg gegen feindliche Staaten eingesetzt werden, sondern gegen die eigene Bevölkerung. Wenn die den Plänen und Interessen der Regierung und der hinter ihr stehenden mächtigen Konzerne im Weg steht.

Bei den „Waldbränden" auf Maui, in Kalifornien, in Texas, in Kanada, in Chile, in Griechenland etc. gab es viele Anomalien, die klar zeigten, dass diese Brände keine natürlichen Buschfeuer waren. Und seltsamerweise lagen für diese Gebiete immer sehr umfangreiche Neustrukturierungspläne vor aus der **UN Agenda 2030**, z. B. für 15-Minuten-Städte, oder Verkehrsoptimierte Transitzonen, oder konzentrierte Bebauung mit Arbeiterunterkünften, oder Luxusressorts am Strand für Superreiche.

Eines der drastischsten und wohl auch dramatischsten Beispiele ist derzeit in North Carolina zu beobachten. Die offizielle Version: **Hurrikan HELENE** hat für solch starke Niederschläge gesorgt, dass weite Teile der Siedlungen sowie ihrer Infrastruktur nicht mehr existent sind.

Hurrikane mit Flutwellen sind vertraute Phänomene in Küstenregionen – doch Menschen, die seit Generationen in den bergigen Gegenden von Nordwest Carolina leben (z. B. den Appalachen), sagen klar: In diesem Ausmaß kann es kein natürliches Ereignis gewesen sein!

Es gibt zwei Indikatoren, die den Verdacht auf böse Absichten nähren: 1. Wie groß ist die Unterstüt-

zung von staatlicher Seite, dass die Katastrophenregionen wieder auf die Beine kommen? 2. Wer profitiert von der Zerstörung, in welchen Händen landen die verwüsteten Grundstücke?

Während vor den Fernsehkameras Präsident Biden und Vize Harris Hilfen zusagen und die Arbeit der staatlichen **Katastrophenbehörde FEMA** loben, ist die Realität eine völlig andere. Wer mit dem nackten Leben davon kam, kann sich für eine einmalige Zahlung in Höhe von

Antarktis-Militärbasis, wo Erdbeben erzeugt werden können! Foto: Screenshot aus Video

750 Dollar bewerben – auf Maui waren es vor einem Jahr 700 Dollar pro Haushalt! Im Kleingedruckten steht, dass es sich um ein Darlehen handelt – wird nicht zurück gezahlt, verliert man sein Grundstück. Einige Gebiete waren nur per Helikopter erreichbar, um Menschen zu retten. Doch private Rettungsflüge wurden untersagt, private Spenden an Lebensmitteln und sonstigem täglichem Bedarf durch FEMA konfisziert – mit der Ansage, dafür gäbe es ja die staatliche Organisation und das Rote Kreuz. Die aber tagelang in Bereitschaft verharrten – sie warteten auf „Order"! (www.youtube.com/watch?v=LkOziVaFu7w) An einem Ort, an dem private Hilfsgüter zum Weitertransport gesammelt wurden, erschien ein schwarzer Helikopter ohne Kennzeichen und rotierte so lange über der Stelle, bis alle gesammelten Dinge zerstört waren. LKW, die Hilfsgüter brachten, wurden die Reifen zerschnitten.

In den bergigen Teilen North Carolinas, wo es seit Menschengedenken keine Fluten gab, hat niemand eine entsprechende Versicherung. Die Regierung erklärt, sie könne nicht umfangreicher helfen (während sie gleichzeitig weitere Milliarden Dollar in die Ukraine schickt). FEMA hat große Teile ihres Budgets für die Millionen illegalen Einwanderer ausgegeben – im Staat New York bekamen diese teilweise Kreditkarten mit 10.000 Dollar ausgehändigt!

In Gebieten, die besonders stark zerstört wurden, rücken bereits Bulldozer an, um alles platt zu machen – inklusive der dort noch nicht vollständig geborgenen Leichen! Auch hier wird die Zahl der Toten bewusst unterdrückt.

Die wenigsten Flutopfer nach Hurrikan Helene werden sich einen Wiederaufbau leisten können! Und es ist auch fraglich, wie eilig die Wiederherstellung der Infrastrukturen von staatlicher Seite betrieben werden. Viele Überlebende werden sich wahrscheinlich ihr Grundstück zu Schleuderpreisen abkaufen lassen müssen und wegziehen. Die Regierung baut bereits Druck auf, droht mit Enteignung. Und wer sind die Nutznießer?

In North Carolina gibt es – neben Plänen für 10-Minuten-Städte – einen ganz besonderen Anreiz, die angestammte Bevölkerung loszuwerden: **Bodenschätze!** Vor allem befindet sich dort das weltweit größte bekannte Vorkommen an **Lithium**, das dringend für den Bau von Batterien benötigt wird!

Minenunternehmen wie Albemarle (Anteilseigner: BlackRock, Vanguard) haben mit Firmen wie BMW bereits Abnahmeverträge geschlossen, Piedmont Lithium mit Tesla. Außerdem gibt es dort auch hochwertigen **Quartzsand**, der von der Halbleiterindustrie zum Bau von Chips benötigt wird! Doch die Bevölkerung wollte bisher ihr vertrautes Leben in vertrauter Umgebung weiterleben und wehrte sich gegen eine Umsiedlung. Bis nun das Schicksal grausam zuschlug … Ein Bösewicht, wer Böses denkt!

Und während ich diesen Artikel schreibe, braut sich im Golf von Mexiko ein neuer Hurrikan zusammen: **Milton**. Ungewöhnlich die Stelle, wo er anfing, ungewöhnlich der Zeitpunkt. Ungewöhnlich, dass er innerhalb einer Stunde von Kategorie 3 nach 4 und bereits nach einer weiteren Stunde nach Kategorie 5 hochgestuft wurde. Ungewöhnlich auch, dass dem Hurrikan über Hundert **Tornados** voraus gingen, kombiniert mit Polarlichtern! **Anomalien, die langsam zur Norm werden.** Weshalb immer mehr Betroffene überzeugt sind, dass es sich um massive Manipulationen handelt.

Ein weiterer Aspekt: Wie sollen in den verwüsteten Regionen die anstehenden Wahlen durchgeführt werden? Es wird spannend sein, welche Lösungen sich die Regierung wird einfallen lassen. Gerade in North Carolina können wenige Tausend Stimmen entscheidend sein.

Und was ist mit der Stadt Tampa in Florida, wo Hurrikan Milton auf Land treffen wird? Richtig: auch hier ist eine 15-Minuten-Stadt geplant! Und wem gehören bereits große Grundstücke in Bestlage? Dem bekannten Philantropen Bill Gates. Der übrigens auch Mitinhaber eines Patents zur Zähmung von Hurrikans ist (US 2009/0173386A1) – kein Witz!

Fazit: Wieder eine anormale „Naturkatastrophe". Auch hier kaum

staatliche Hilfen, sondern im Gegenteil Behinderung der Hilfen von Bürgern für Bürger. Unklarheit über Tote und Verletzte. Und sofortige Kaufangebote von Großinvestoren für die verwüsteten Grundstücke ... ■

Quellen (Deutsch):

1 Ph. Zeller: www.kla.tv/27872&autoplay=true

2 Wetteradler: www.youtube.com/watch?v=MDvYiYl5BkQ

Quellen (Engl.):

1 Inspired-a: www.youtube.com/watch?v=Gmks9-3_-c4

2 Inspired-b: www.youtube.com/watch?v=GvlzOE3wjG8

3 Hustle-a: www.youtube.com/watch?v=AC_qvoc4VKo

4 Hustle-b: www.youtube.com/watch?v=lBXoBu6AxZ8

5 Hustle-c: www.youtube.com/watch?v=53qotuqFqwQ

6 Hustle-d: www.youtube.com/watch?v=01A9si6GwI0

7 Traci-a: www.youtube.com/watch?v=SpRAN6sYzSg&t=14s

8 Traci-b: www.youtube.com/watch?v=sZlXJp4HDkc

9 Traci-c: www.youtube.com/watch?v=xhpj8vJFQok

10 Redacted-a: www.youtube.com/watch?v=Y9DfIVY0mHk

11 Redacted-b: www.youtube.com/watch?v=o9ZSyInqFLk

12 Redacted-c: www.youtube.com/watch?v=2Jn2iAvFg-U

13 Redacted-d: www.youtube.com/watch?v=sVFjOqYBs_c

14 P. Hall: www.youtube.com/watch?v=jKJa-28tMIE

15 Velocity: www.youtube.com/watch?v=EscmS2RZII4

16 Wigington-a: www.youtube.com/watch?v=4b7-k0q79Iw

17 Wigington-b: www.youtube.com/watch?v=Gfd40gCnGk0

re:vision
VERLAG UND REDAKTION

Impressum:
V.i.S.d.P.: Herbert Mayer
Auf der Ludwigshöhe 44, 87437 Kempten
www.unzensiert-allgaeu.de
Titelabbildung: mediamodifier/Pixabay
Sie möchten „UNZENSIERT" als PDF-Datei?
Sie wollen eine Anzeige schalten?
Sie können uns beim Verteilen helfen?
Schreiben Sie uns: UNZ.magazin@posteo.de
Fremdbeiträge geben immer die Meinung des Verfassers wieder.
Alle Links waren zum Zeitpunkt der Drucklegung aktiv. Inhalt und Verfügbarkeit der Quellen ohne Gewähr.

Wieso muss der Bundeswehrsoldat Alexander Bittner nach Ende der Duldungspflicht für mRNA-Impfverweigerung ins Gefängnis?

Der 41-jährige Soldat und 3-fache Familienvater ist seit dem 16. September inhaftiert, weil er 2022 den Befehl für eine Corona-Pflichtimpfung verweigerte und nach seiner Verurteilung auf Bewährung die Geldauflage dafür nicht bezahlte. Für ihn sei die Zahlung ein Schuldeingeständnis.

- Warum Haft?
- Wenn am 28. Mai 2024 die Duldungspflicht für COVID-19-Impfungen aufgehoben wurde.
- Wenn das Soldatengesetz § 17a besagt, dass ein Soldat ärztliche Maßnahmen gegen seinen Willen nur dann dulden muss, wenn sie der Verhütung oder Bekämpfung übertragbarer Krankheiten dienen.
- Wenn sowohl die Pfizer-Direktorin Janine Small im Oktober 2022 in einem Sonderausschuss des Europäischen Parlaments als auch die Europäische Arzneimittelaufsicht (EMA) im Oktober 2023 eingeräumt haben: „COVID-19-Impfstoffe sind nicht zur Verhinderung der Übertragung von einer Person auf eine andere zugelassen. Die Indikationen sind nur zum Schutz der geimpften Personen vorgesehen."

Bittner ist am 17. September aus Protest gegen seine Festnahme vorübergehend in einen Hungerstreik getreten, um auf seinen Fall öffentlich aufmerksam zu machen.[1,2]

Ist Alexander Bittner ein „politischer Gefangener"? Haben

die Richter unabhängig entschieden?

Der Menschenrechtsaktivist Udo Leibmann von United for Freedom setzt sich für Bittner ein. Er hält sowohl das Urteil des Amtsgerichts Ingolstadt als auch die Festnahme und Verbringung in die JVA für rechtswidrig.[3]

Der Fall Alexander Bittner könnte als Präzedenzfall dienen. Die strikte Durchsetzung der Impfpflicht ist ein weiteres Beispiel für autoritäre Tendenzen und die Missachtung individueller Freiheiten und Grundrechte.

Diesen Tendenzen müssen wir uns geschlossen entgegenstellen![4]

[Stand bei Redaktionsschluss Mitte Oktober]

Quellen:

1 https://www.nachdenkseiten.de/?p=121718

Erklärung seiner Frau:

2 https://youtu.be/fczFNcT93r4?si=b-MVxAinbQC2C8XJp

3 https://uff-org.com/de/alexander-bittner-der-unbeugsame-gegen-justizwillkuer/)

4 https://t.me/dieBasisbewegt

Ein Fall von TBC? – oder: **Die Ohnmacht der Bauern**

Abbildung: Haim Charbit/Pixabay

VON RALF MAURUS

Der Anruf kam an einem Montagmorgen, Anfang September. „Es geht wieder los. Wir fahren heute Abend zu einer Mahnwache. Kommst Du mit?“ wurde ich gefragt. Abends trafen wir uns dann und fuhren in zwei Fahrgemeinschaften zu einem Hof nach Rückholz im Allgäu.

Es waren schon viele Leute vor Ort, und es wurden immer mehr. Die einen brachten Feuerschalen mit, andere Holz. Wieder andere hatten Getränke und Verpflegung dabei. Die ersten Mahnfeuer brannten schon. Insgesamt eine Gruppe von 50 bis 60 Personen, Menschen aus der Verwandtschaft der Bauernfamilie, aus der näheren und weiteren Nachbarschaft, und viele Berufskollegen versammelten sich zwischen Feuerschalen auf dem Anwesen der betroffenen Familie.

Neun „Mahnmale“ standen vor dem Stall; neun Pfähle mit den Halsbändern und den Namen der erst vor wenigen Stunden eingeschläferten Tiere. Darunter einige hochträchtige Kühe und ein Ziegenbock. Die trächtigen Kühe mussten vor Ort getötet werden, da sie – laut Tierschutzgesetz – nicht mehr transportiert werden dürfen.

Wie war es so weit gekommen? Das Drama hatte Mitte August begonnen, als bei einem vierjährigen Stier des Bauern bei der Schlachtung TBC festgestellt wurde. (Durch die Weidewirtschaft in den Bergen sind die Rinder im Allgäu vermehrt TBC-gefährdet. Denn dort können sich die Kühe und Jungrinder an den Hauptüberträgern, dem Rotwild, anstecken.) Das Veterinäramt teilte das Testergebnis dem Landwirt telefonisch mit. Er wurde angewiesen, seine Jungrinder von der Alpe zurück in den Stall zu holen. Telefonisch wurde ihm auch mitgeteilt, dass sein gesamter Betrieb unter Quarantäne stehe, es wird also keine Milch mehr abgeholt, und es dürfen keine Tiere verkauft werden.

Nun standen alle rund 100 Tiere des Bauern im Stall – mit ungewisser Zukunft. Im nächsten Schritt wurde die ganze Herde mittels eines Simultantestes auf TBC „getestet“. Dies geschah durch Tierärzte des Veterinäramtes. Bei dem Simultantest werden jedem Tier TBC-Erreger von Geflügel und Ziege in minimaler Dosis zwischen Hals und Schulter unter die Haut gespritzt und die Dicke der Haut an der Einstichstelle mit Hilfe einer Schublehre gemessen. Nach drei bis vier Tagen wird von denselben Tierärzten die Hautdicke nochmals auf die gleiche Art gemessen. Eine Veränderung, eine Schwellung der Einstichstelle, zeige dann eine TBC-Erkrankung an.

Beim Test wurde für die ganze Herde eine Nadel benutzt, obwohl die Tiere beim Einstich bluteten. Das EU-Tierschutzgesetz sieht eine sterile Nadel für jedes Tier vor – für die bayerischen Veterinärämter ist das ein „Übersetzungsfehler“. Denn dieses Verfahren mit einer Nadel pro Herde habe sich die letzten 75 Jahre bewährt.

Der Ergebnis der Tests schien zunächst nicht wirklich besorgniserregend zu sein. Nur 20 Prozent der Tiere seien positiv, also TBC-erkrankt, und erst ab 50 Prozent positiv getestete Tiere einer Herde wird der komplette Bestand gekeult.

Auch dieser Befund wurde dem Landwirt nicht schriftlich mitgeteilt. In einem weiteren Telefonat wurde der Landwirt informiert, dass die Tiere mit einem nicht eindeutigen Testergebnis als „positiv“ eingestuft werden. Somit erreichte die Zahl knapp die 50 Prozent mit der eine Keulung des gesamten Bestandes ansteht. – Für den betroffenen Bauern eine mehr als zweifelhafte, um nicht zusagen willkürliche Entscheidung.

Für den Dienstagmorgen ab 4:00 Uhr, dem Tag nach dem Mahnfeuer, war der Abtransport des kompletten restlichen Viehbestandes angesetzt, vom kleinsten Kalb bis zur ältesten Kuh.

Eine ordentliche schriftliche Anordnung lag der Landwirtsfamilie bis dahin noch immer nicht vor. Nur durch ein Schreiben an den Landkreis Ostallgäu – erstellt mit Hilfe eines anderen Landwirtes –, in dem alle Formfehler aufgelistet wurden, konnte der Gang der Ereignisse aufgehalten werden – kurz vor dem Abtransport. Widerwillig musste der Landkreis OAL die für den Abtransport bestellten Fahrzeuge stornieren. Auch die Tierkörperbeseitigungsanlage war schon informiert.

So bekamen die Landwirtsfamilie und ihre Tiere eine Gnadenfrist. Der Landwirt hat nun Klage und Antrag auf Eilrechtschutz erhoben. Bis zur Entscheidung des Verwaltungsgerichtes wird keine Vollstreckung erfolgen.

Inzwischen wurden die restlichen Tiere, die auf der Alpe weideten, auf der auch der betroffene Landwirt seine Schumpen hatte, auf TBC getestet. Alle negativ. Wie kann das sein? Nur Tiere eines einzigen Betriebes sollen infiziert sein? Es bleiben Fragen.

Stand: Mitte Oktober

Man muss den Planeten retten vor denen, die immer behaupten, man muss den Planeten retten.

Abbildung: Jenny Friedrichs/Pixabay

Eine Buchbesprechung
VON HERBERT MAYER

■ *Axel Bojanowski ist Chefreporter für Wissenschaft bei der WELT und als solcher nicht unbedingt als Verschwörungstheoretiker einzuordnen. Die Fakten, die er in seinem neuesten Buch zusammengetragen hat, sind erschütternd und gleichzeitig beängstigend und verstörend. Erschütternd, weil er schonungslos die Machenschaften der Klimalobbyisten und deren mafiöse Strukturen aufzeigt, beängstigend, weil die Regierungen der Welt allesamt als Marionetten und Befehlsempfängern fungieren, die uns drastische Opfer abverlangen. Und verstörend, weil die Wissenschaft sich selbst disqualifiziert. Ein Buch, das man an einem Stück liest, aber man braucht lange, um alles zu „verdauen".*

Die angebliche Corona-Pandemie war für viele eine Zäsur. Sie kam überraschend. Aber sie ähnelt in weiten Strecken einer seit Jahrzehnten andauernden Phase der Irreführung in Sachen Klima. Die Parallelen sind verblüffend. Die Wissenschaft weiß im Grunde zu wenig und die Politik nimmt ihr mit Hilfe der Medien das Heft aus der Hand. Die Wissenschaft macht nur untaugliche Versuche, das Geschehen mit Fakten zu untermauern. [Wie war das nochmal mit den RKI-Files?] Um mit Goethe zu sprechen „Halb zog sie ihn, halb sank er hin" ergaben sich Wissenschaftler nur zu gerne den Verlockungen von Geld und Anerkennung und nicht zuletzt dem zweifelhaften Ruhm, Taktgeber für die Weltpolitik zu spielen. Ein wahrer Jahrmarkt der Eitelkeiten machte das Klima schließlich zum reißerischen Thema der letzten Jahrzehnte.

Bereits im Zweiten Weltkrieg begannen die USA und die Sowjetunion damit, am Klima zu forschen. Wolken zu erzeugen, um Dürren zu verhindern – und ganz nebenbei eine Waffe in die Hände zu bekommen, um dem Feind mit Weltraumtechnik die entscheidenden Niederlagen zufügen zu können. Die US-Regierung finanzierte Programme zur Erforschung von Auswirkungen auf das Wetter durch Atombomben.

1963 bereits kam das CO_2 in den Verdacht, eine globale Erwärmung zu verursachen. Es folgte Forschung mit üppiger Staatsfinanzierung. Der Umweltschutzgedanke leitete Wissenschaftler, denn das war ein hehres Thema, mit dem die Superreichen schon immer zu punkten versuchten. So wurde Prinz Philip 1961 Präsident des WWF (Word Wide Fund for Nature), den er mit anderen Adligen und Reichen gegründet hatte. Was ihn nicht davon abhielt, in Afrika auf Großwildjagd zu gehen.

Der WWF ist bis heute ein einträgliches Geschäft und die „Umweltverbände dienten der alten Elite im Kampf um ihren Status". Die edlen Motive des Umweltschutzes bildeten einen Gegensatz zum Kapitalismus neureicher Emporkömmlinge. „Die alten Reichen hassen den Kapitalismus, weil er die Kluft zwischen ihnen und den neuen Reichen verringert", schreibt Michael Shellenberger im *Time Magazin* 2008. Der Klimawandel trieb – zunächst – einen Keil in die US-amerikanische Politik. Hier die Konservativen, die ihr Geld mit Öl und Kohle scheffelten, dort die Demokraten, links orientiert und auf der Suche nach neuer Wählerschaft.

Es boten sich Möglichkeiten zur Gründung von Stiftungen, NGOs und Denkfabriken. Im Klimaschutz sahen viele das Thema, um Geld in rauen Mengen zu generieren. Essen, Energie, Transport, das Leben allgemein muss verteuert werden – angeblich, um Ressourcen zu schonen. Wohl wissend, dass dieses Thema alle Menschen tangiert und, dass die Angst vor der Zerstörung der Lebensräume diesen Geldfluss vermutlich nie mehr würde versiegen lassen. Und sie sollten Recht behalten.

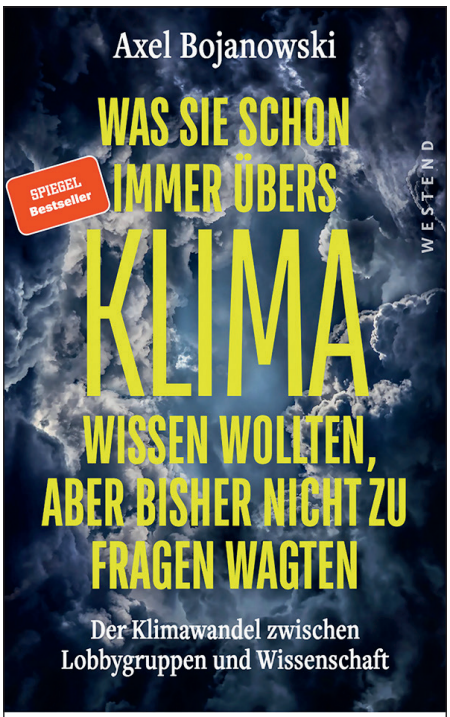
Von dieser Stunde an waren Forschungsgelder nur noch zu

bekommen, wenn sich die Wissenschaftler das Etikett „Klima“ anhefteten. Und damit war auch schon die Richtung vorgegeben: Wer Ergebnisse lieferte, die die Geldgeber benötigten, wurde belohnt. Wer nicht, dem wurde zum Teil übel mitgespielt bis hin zur Existenzvernichtung. (Welche Parallele zu Corona).

Man könnte es auch so beschreiben: Die Wissenschaft war sich im Klaren, dass sie keine eindeutigen Beweise für den menschengemachten Klimawandel liefern konnte, aber das wollten sensationsgierige Journalisten nicht hören. Mitte des letzten Jahrhunderts waren nicht wenige Forscher davon überzeugt, dass wir auf eine neue Eiszeit zusteuern. Es war also lange Zeit unklar und beide Wissenschaftslager lagen im Konkurrenzkampf. Heute wissen wir, dass sich die Klimaerwärmungs-Befürworter auf der ganzen Linie durchgesetzt haben. Mit Klimaerwärmungs-Szenarien waren auch leichter Schockbilder zu erzeugen. Und selbst absurde Thesen fanden Eingang in die Medien. Allen Warnungen vor übertriebener Panikmache zum Trotz, erschienen Storys und Titelbilder, die eine Art Apokalypse prophezeiten. Selbst wenn Kritiker alle Computermodelle als unrealistisch bezeichneten, fanden Passagen und fehlerhaft erstellte Charts Eingang in diverse Abschlussberichte des Weltklimarates (IPCC). Oft auf den letzten Drücker und gegen den Willen der Delegierten, manchmal in den frühen Morgenstunden, wenn alle schon am Ende ihrer Konzentration waren.

Und man versäumte es nicht, weitere Bilder zu erzeugen, die die Menschen vom drohenden Untergang des Planeten überzeugen sollten: Hungernde Eisbären auf schwimmenden Eisschollen, unterernährte Kinder in Dürregebieten, ganze Küstenregionen unter Wasser. Die Rufe der Forscher, die diese Titelgeschichten als unseriös betrachteten, wurden nicht gehört. Derartige Szenarien waren das gefundene Fressen für die Medien. An vorderster Front war der US-Vizepräsident Al Gore. Er erkannte, dass das Umwelt- und Klimathema bestens geeignet war, neue Geschäftsmodelle zu kreieren. Alle Horrormeldungen waren erwünscht, Skepsis wurde unterdrückt. 1986 zitierte das ARD-Magazin Panorama aus einer Sitzung des Arbeitskreises Energie der Deutschen Physikalischen Gesellschaft: „Wenn wir nicht wollen, dass Norddeutschland im Meer versinkt, und der Süden zur Steppe wird, dann müssen wir etwas tun, sofort!“ . Das perfide Modell der Stiftungen und NGOs, Steuergelder zu sparen, wurde auf die Spitze getrieben, indem sie jetzt sogar zusätzlich Fördergelder kassierten, wenn sie sich dem Thema Klimaerwärmung widmeten.

Obwohl viele Wissenschaftler von großen Zweifeln sprachen, was ihre vagen Vorausberechnungen betraf, bahnte sich die umstrittene Darstellung vom menschengemachten Klimawandel den Weg in die Gremien von UN, WEF und anderen, zum Teil dubiosen Organisationen. Und fortan waren sie nicht mehr aus der Welt zu bekommen, zumal die Medien ihren Klimahype in allen Ausprägungen zelebrierten. „Die seriöse Klimaforschung hatte im Juni 1988 die Deutungshoheit über ihre eigenen Daten verloren und war zum Spielball von Politikern und Lobbys geworden.“



Axel Bojanowski
Was Sie schon immer übers Klima wissen wollten, aber bisher nicht zu fragen wagten
ISBN 978-3-86489-461-9
288 Seiten, kartoniert, 25,00 €

Nach dem Ende des Kalten Krieges erkannten sämtliche NGOs das finanzielle Potenzial dieser Entwicklung. Und sie nutzten dieses weidlich. Al Gore tourte durch die Lande und die Erderwärmung wurde als schlimmer eingestuft als ein Atomkrieg. Die Argumente wurden immer wiederholt und waren immer gleich falsch. Die Zunahme von Wetterkapriolen, Stürmen und Überschwemmungen, von Dürren und Waldbränden galt als sicher. Ungeachtet der Erkenntnisse, dass das nicht stimmt. Die Theorie vom menschengemachten Klimawandel garantierte Angst und Zustimmung gleichermaßen. Dabei war es eigentlich der wirtschaftliche Fortschritt, der alle Befürchtungen ad absurdum führte. Die Auswirkungen von Katastrophen wurden geringer, weil sich die Menschen besser wappneten, die Ernten wurden besser, der Hunger war nicht beseitigt, aber auf dem Rückzug. Weitaus mehr Menschen waren durch technische Möglichkeiten besser gegen Wetterphänomene geschützt.

Gelder flossen immer üppiger an die Lobbyisten der Klimatheorie. Wer dagegen opponierte, hatte als Wissenschaftler kaum Chancen, einen Job zu bekommen und als Politiker keine Zukunft. Und viele Wissenschaftler passten sich dem Lauf der Dinge an und behaupteten manchmal das Gegenteil von dem, was ihre bisherige Überzeugung war. Das 2-Grad-Ziel der Erderwärmung machte Karriere. Das Glaubwürdigkeitsproblem blieb. Als die damalige Umweltministerin Angela Merkel die Erderwärmung als Ursache für angeblich zunehmende Wetterkapriolen ausgemacht hatte, wunderte sich sogar der IPCC-Chef, die Belege für diese Behauptung seien sehr dünn.

Versicherungen und Banken waren ein Treiber des Narrativs.

Verständlich, denn sie witterten ein gutes Geschäft. Und nicht selten waren es die Vorgaben von Versicherungen wie der Munich Re, die in Protokolle geschrieben und später in Gesetzestexten wiedergefunden wurden. 2019 veröffentlichte das Fachmagazin *The Lancet* eine Studie, laut der Wetterkatastrophen seltener werden und die Schäden geringer ausfallen. Aber wie so oft: Missliebige Studien werden nicht beachtet. Immer wieder sickerte durch, dass der Weltklimarat unter politischem Druck handle. „Politische Botschaften auf Kosten der wissenschaftlichen Glaubwürdigkeit." Obwohl der Kernsatz lautete: **„Klimaschutz ist für Staaten wegen der hohen Kosten nur akzeptabel, wenn die Mehrheit der anderen Staaten mitmacht. Ansonsten wird das eigentliche Ziel verfehlt, und dem Einzelgänger entstehen obendrein noch wirtschaftliche Schäden.** Doch stattdessen verlor sich die Politik in Regulierungen und Subventionen."

Warum die Gesellschaft sich die undifferenzierten Berichte zu eigen macht, erklärt sich einfach: „Für ein Individuum war es evolutionär riskanter, mit einer korrekten Behauptung allein zu stehen und ausgeschlossen zu werden, als einer Gemeinschaft anzugehören, die sicheren Halt bietet, obwohl sie faktisch falsche Ansichten vertritt." (Beängstigende Parallelen zu heute).

Die Energiewende wollte Deutschland als Musterschüler einleiten. Koste es, was es wolle.

Ein alter Irrtum hat mehr Freunde als eine neue Wahrheit.

Stiftungen und NGOs schossen in den Jahren nach der Wiedervereinigung aus dem Boden. Sie wurden mit Steuergeldern überschüttet, wenn sie auch nur dem Anschein nach etwas mit Klimaschutz zu tun hatten oder entsprechende Programme auflegten. Alles im Sinne der Regierung natürlich. Und immer deutlicher wurde, dass sie zu Einflüsterern bei allen politischen Entscheidungen wurden und die Politiker teilweise vor sich hertrieben. Gutdotierte Posten wurden wechselseitig besetzt. „Wir haben es mit 100.000 hochbezahlten Personen im akademischen Umfeld zu tun, die die Beiträge zur grünen Transmission liefern." Sie schreiben Firmen an und setzen sie unter Druck, wenn sie Klima-Standards nicht erfüllen. Sie formulieren Gesetzestexte als Vorlage im Ministerium. Sie brüten die Maßnahmen aus, die die Bürger verzweifeln lassen. Und alles für das Klimanarrativ. Und dann kommen „Philanthropen", die entsprechende Mittel in die Medien stecken – wie Bill Gates beim Spiegel (ca. 5,4 Millionen Dollar von 2018 bis 2025). Wen wundern dann noch Schlagzeilen wie: „Klimaerwärmung – die größte gesellschaftliche Zukunftsaufgabe."

Und so hängen sie alle am Tropf der Klimalobby. Ob Greta Thunberg, einer wohlhabenden Künstlerdynastie entstammend, die Jahre später „platziert" wurde – ihre Geschichte war die in der Öffentlichkeit am deutlichsten wahrgenommene Aktion, wohlgesteuert und noch besser vermarktet – oder die Letzte Generation, selbst Friday for Future sind Empfänger von Sponsorengeldern. Und die Politik? Das linksorientierte Parteienspektrum saugt geradezu genüsslich die Lobreden vom Vorreiterstaat Deutschland auf. So steht im Pariser Klimaabkommen von 2020: „Als ein technisch führendes Industrieland mit einem hohen Bruttoinlandsprodukt und hohen historischen Emissionen sollte Deutschland bei der Transformation der Energieversorgung vorausgehen, seine national gesteckten Ziele eher früher als später erreichen und einen angemessenen Beitrag zu den Pariser Klimazielen leisten."

Sechs Billionen Euro seien nötig, um Deutschland bis 2045 klimaneutral zu machen, rechnete McKinsey 2021 aus. Dann wird unser Wohlstand etwa dem eines Schwellenlandes entsprechen. Das ist das Ergebnis von Aktionismus statt Aktion. ■

Die Regierung hat mehr Angst vor Kernkraftwerken als vor einem Atomkrieg. Atomkraftwerke wurden abgeschaltet, ein Atomkrieg wird in Kauf genommen.

DANKE

an alle, die es uns mit einem Druckkostenzuschuss ermöglichen, das Magazin weiterzuverbreiten.

Unser Dankeschön gilt auch all denen, die unser Heft verteilen und so dafür sorgen, dass so viele Menschen wie möglich erfahren, was in unserem Land schief läuft.

Ihre Redaktion

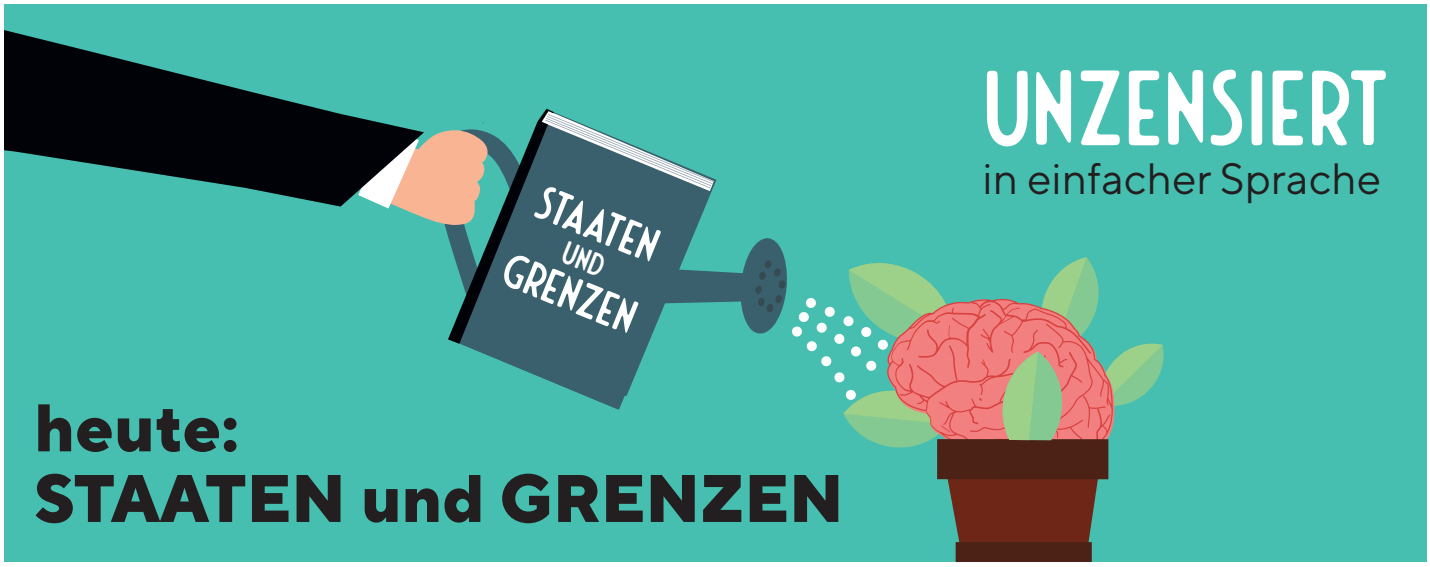
Die UNZENSIERT ist UNBEZAHLBAR!

In eigener Sache

Deshalb kostet sie Euch Leser auch nichts.
Alle, die an diesem „Magazin für mündige Bürger" mitarbeiten (Autoren, Layout, Versand, Verteiler), tun dies unentgeltlich. Was allerdings bezahlt werden muss, ist der Druck und das Porto für den Versand. Wer uns dabei unterstützen möchte, überweist einen kleinen Betrag mit dem Vermerk **DRUCKKOSTENZUSCHUSS** an

Kontoinhaber: Herbert Mayer
IBAN: DE06 7336 9920 0101 6079 95 BIC: GENODEF1SFO

UNZ.magazin@posteo.de www.unzensiert-allgaeu.de



UNZENSIERT
in einfacher Sprache

heute:
STAATEN und GRENZEN

VON VOLKER FREYSTEDT

Ein Staat besteht aus einem Stück Land, dem **Staatsgebiet**, und dieses ist abgegrenzt von anderen Staatsgebieten durch **Staatsgrenzen**. Warum ist das so? In dem Staat leben Menschen, die **Staatsbürger**. Diese brauchen ganz viele Dinge. Die Kinder brauchen Spielplätze, Kindergärten und Schulen. Die Erwachsenen brauchen Universitäten, Theater und Geschäfte. Und zwischen allem braucht man Straßen, Brücken und Eisenbahnen. Dafür wird ganz viel Energie gebraucht. Und alle brauchen Krankenhäuser, Feuerwehr und Polizei, wenn mal was passiert.

Es ist wohl klar, dass dies alles auch ganz schön viel **Geld** kostet. Dieses Geld müssen die Bürger, die im Staat leben, natürlich selbst bezahlen. Das nennt man **Steuern**. Sie haben ja auch was davon, wenn damit die vielen Einrichtungen bezahlt werden. Dazu gehören auch die **Renten** für die alten Menschen, die nicht mehr arbeiten, und **Sozialleistungen** für Menschen, denen es gerade mal nicht so gut geht, damit die sich die Miete und Lebensmittel leisten können.

Früher war fast jeder Mensch Bürger in einem Staat und hatte dessen **Staatsbürgerschaft**. Dafür bekam er einen Ausweis oder Pass. Damit war klar, in welchem Staat er Steuern zahlen musste, aber auch, in welchem Staat er Gegenleistungen erhalten konnte. So wie ja auch in jedem Sportverein nur zahlende Mitglieder die Sportanlagen benutzen dürfen.

Wenn man von einem Staat in einen anderen reisen wollte, kam man an die **Staatsgrenze**. Dort gab es **Grenzkontrollen**. Man musste seinen **Pass** zeigen, damit die Grenzpolizei sehen konnte, wer in ihr Staatsgebiet einreisen wollte. Niemand wollte ja schließlich, dass jemand ins Land kam, der zuhause ein Verbrechen begangen hatte. Und man durfte auch nicht beliebige Dinge in das andere Staatsgebiet mitbringen. Auch das wurde kontrolliert. In viele Staaten durfte man nur einreisen, wenn man vorher in der **Botschaft** dieses Staates eine Erlaubnis beantragt hatte, ein **Visum**. Es wurde geprüft, ob man auch wirklich nur für eine begrenzte Zeit in dem Staat Urlaub machen wollte und dann wieder ausreisen würde. Und oft auch, ob man genügend Geld hatte, um für sich selbst zu sorgen.

Wer in einem anderen Staat als Arbeiter gebraucht wurde, konnte eine **Arbeitserlaubnis** erhalten.

Das war also alles ganz schön kompliziert früher. Heute ist das alles viel, viel einfacher. Heute wird in europäischen Staaten so gut wie nicht mehr kontrolliert, es gibt quasi keine Grenzen mehr. Und wenn man kontrolliert wird, sagt man einfach: „Nix Dokument." Dann nennt man irgendeinen Namen, und woher man angeblich kommt, und sagt: „Asyl"! Was man sonst noch so wissen muss, erklären einem die vielen Hilfsorganisationen, die „Refugees welcome!" auf ihren Webseiten stehen haben. Man muss auch nichts mitbringen, man bekommt alles umsonst. Niemand muss auf der Straße schlafen, wie in Indien oder Afrika. Auch muss niemand verhungern. Man muss aber auch nicht alles essen, was einem nicht schmeckt. Und anziehen muss man auch nicht alles, man kann schon erwarten, dass adidas oder Nike drauf steht. Wegen Arbeit muss man keine Angst haben, das wird einem schon von den Behörden so schwer gemacht. Ein wenig nervig können die angebotenen Deutschkurse werden. Aber man trifft dort oft ganz lustige Leute aus aller Welt. Und man hat ja jederzeit die Möglichkeit, das Land freiwillig wieder zu verlassen. Wenn man schön dumm wäre, hahahah ...

IRONYMUS goes woke ...

Martin teilt

Am 6. November wird wieder „St. Martin" gefeiert. Doch ist die Form, in der dieses Fest begangen wird, ja, ist überhaupt die diesem Fest zugrunde liegende Erzählung noch zeitgemäß? Versuch eines Updates:

Als der Ritter Martin eines Tages so vor sich hin ritt, begegneten ihm auf einmal eine ganze Menge fremde Menschen, von denen viele Kleidung trugen, die alles andere als Designerklamotten waren. Da schämte sich Martin, und an der nächsten Kleidungssammelbox der Caritas warf er seinen Gucci-Mantel hinein. Sein Page filmte ihn dabei und stellte das Video auf Martins Social Media Kanal. Martin bekam ganz viele Likes und positives Feedback.

Ein Stück des Weges weiter wurde gerade – es war Freitag – für das Klima demonstriert. Gerade in dem Moment, als Martin zwischen den festgeklebten Demonstranten hindurch reiten wollte, furzte sein Pferd. „Pfui, so viele Klimagase!" schrien alle Umstehenden. Da stieg Martin ab, zog kurzentschlossen sein Schwert – und zerteilte sein Pferd! Auch das Video von dieser Tat stieß auf großen Zuspruch im Internet.

Kaum waren sie im nächsten Ort angekommen, steckten sie in einer CSD-Parade fest. Es war alles so schön bunt und fröhlich und laut, dass Martin davon ergriffen wurde. Er zückte sein Schwert, und – schwupp! – wurde Martin zur Martina! Das Video davon ging auf Tik-Tok durch die Decke!

Am späten Abend kamen Martina und der Page an eine Herberge, um dort zu übernachten. Es standen dort aber ganz viele Fremde an, die ein Zimmer wollten, aber kein Geld hatten. Da griff Martina ganz tief in seinen/ihren Geldbeutel, mietete die ganze Herberge, und alle Fremden fanden nun darin Unterschlupf. Nur Martina und sein/ihr Page nicht, sie mussten nun weiterziehen. Aber es gab wieder sehr viele Likes ...

Bald war es dunkle Nacht, und plötzlich sah sich Martina umringt von jungen Burschen, die zum Glück nur Geld wollten. Als sie den fast leeren Beutel sahen, waren sie sehr enttäuscht. Sie nahmen Martina noch die Stiefel ab, und Martina schenkte dem Anführer sein/ihr Schwert – das konnte man ja schlecht teilen.

Leider hatte der Page aus Angst um sein Smartphone die Flucht ergriffen, so dass es von diesem Musterbeispiel an Willkommenskultur kein Video im Netz gibt.

Aber alles andere reichte schon, um Martina zu einem Star zu machen. Dafür steht ja das „St." vor dem Namen. / VF

Denn sie wissen, was sie tun!

Olaf Scholz und Uli Hoeneß besuchen öffentliche Einrichtungen. Zuerst einen Kindergarten. Am Schluss fragt Olaf Scholz die Leiterin: „Kann ich noch etwas Gutes für sie tun?" „Ach, ein Swimmingpool für unsere Kleinsten, das wäre schön." „Das geht nicht", antwortet Scholz, „viel zu teuer. Ein Planschbecken kann ich Ihnen zusagen."

Daraufhin besuchen sie ein Gefängnis. Hoeneß als Insider kennt den Weg und geht voran. Am Ende fragt Scholz den Gefängnisdirektor: „Könnten Sie einen schönen Swimmingpool für die Gefangenen brauchen." „Ja, natürlich", antwortet der. „Abgemacht. Sie bekommen einen."

Als sie gehen, fragt Hoeneß: „Wieso keinen Pool für den Kindergarten, aber einen für das Gefängnis?" Darauf Scholz: „Was glaubst Du, wo ich lande, wenn das hier alles einmal vorbei ist?"

Netzfund: Lachen macht Freu(n)de

Alle Demokraten sind Antifaschisten, aber nicht alle Antifaschisten sind Demokraten.